

Forschungsbericht zum Projekt „Perspektiven Zugewanderter aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh“

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach, Christian Stamer, Waldemar Murawski

Abschlussbericht im Rahmen des Projekts „Perspektiven Zugewanderter
aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh“

Bochum, 24.09.2026

Im Auftrag des

Kreises Gütersloh, Kommunales Integrationszentrum



Gefördert durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung,
Flucht und Integration des Landes NRW

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Auftragnehmer:

InWIS Forschung & Beratung GmbH in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Kurtenbach



Steuerungsgruppe

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach
(FH Münster/Ruhr-Universität Bochum, zugleich Forschungsdirektor des InWIS)

Christian Stamer, Dipl.-Soz.
(InWIS)

Manuel Erdmeier
(Leitung Kommunales Integrationszentrum, Kreis Gütersloh)

Roland Thiesbrummel
(Fachbereichsleitung Soziales, Stadt Gütersloh)

Larissa Varol
(Fachbereichsleitung Soziales und Bürgerservice, Stadt Rheda-Wiedenbrück)

Dr. Agnieszka Alers-Nieksch
(Leitung Querschnittaufgaben, Kommunales Integrationszentrum, Kreis Gütersloh)

Stefan Sendfeld
(Projektkoordination, Kommunales Integrationszentrum, Kreis Gütersloh)

Impressum

Autoren

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach
(FH Münster/Ruhr-Universität Bochum, zugleich Forschungsdirektor des InWIS)

Christian Stamer, Dipl.-Soz.
(InWIS)

Waldemar Murawski, M.A.
(InWIS)

InWIS Forschung & Beratung GmbH
Springorumallee 20a
44795 Bochum
Tel.: 0234 – 9447 - 0

E-Mail: info@inwis.de
Internet: www.inwis.de

Inhalt

Kurzfassung	4
1. Einleitung	5
2. Forschungsstand	6
2.1. Zuwanderung aus Mittel- und Südosteuropa.....	6
2.2. Räumliche Muster der Zuwanderung aus Mittel- und Südosteuropa nach NRW	7
2.3. Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Integration Zugewanderter aus Mittel- und Südosteuropa	8
2.4. Empirische Implikationen	9
3. Empirisches Design	10
3.1. Partizipative Fragebogenentwicklung.....	10
3.2. Beschreibung des Stichprobendesigns und der Erhebung	13
3.3. Beschreibung der Fokusgruppeninterviews	15
4. Deskriptive Befunde	18
4.1. Beschreibung der Befragtenpopulation	18
4.2. Zuzugsgründe, Aufenthalt & Verbleib.....	24
4.3. Aussagen zu Angeboten	27
4.4. Freizeitgestaltung der Befragten	30
4.5. Wohnverhältnisse der Befragten	32
4.6. Integrierte Diskussion der deskriptiven Auswertung.....	33
5. Multivariate Befunde	33
5.1. Zusammenhangsanalysen	33
5.2. Potenzialgruppenanalysen	37
5.3. Regressionsanalysen.....	38
5.4. Zusammenfassung der Befragungsergebnisse	41
6. Interviewauswertung	42
6.1. Experteninterview.....	42
6.2. Zielgruppeninterviews	44
6.3. Zusammenfassende Diskussion der Interviewbefunde	46
7. Praktische Implikationen für eine nachhaltige Integration von Zugewanderten aus Mittel- und Südosteuropa in den Kreis Gütersloh	47
7.1. Folgerung für den Kreis Gütersloh, die kreisangehörigen Kommunen und die Wohlfahrtspflege vor Ort.....	47
7.2. Folgerungen für die Integrationsförderung durch das Land NRW	49
8. Fazit	50
Literatur	52

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verteilung nach Geschlecht der Befragten, in %	18
Abbildung 2: Verteilung nach Altersgruppen der Befragten, in %.....	19
Abbildung 3: Verteilung nach Staatsangehörigkeit der Befragten, in %	19
Abbildung 4: Verteilung nach Haushaltsstruktur der Befragten, in %	20
Abbildung 5: Verteilung nach Haushaltsstruktur der Befragten nach Familienstand, absolute Zahl.....	20
Abbildung 6: Verteilung der Altersgruppen Haushaltsangehörigen der Befragten nach Haushaltsgröße, absolute Zahl	21
Abbildung 7: Sind Sie momentan berufstätig?, in %.....	21
Abbildung 8: Arbeiten Sie derzeit in einem Schichtsystem?, in %	21
Abbildung 9: Was sind Ihre beruflichen Pläne? Möchten Sie in den kommenden 12 Monaten..., in %	22
Abbildung 10: Nettohaushaltseinkommen (gruppiert) der Befragten, in %	22
Abbildung 11: Bildungsabschluss, in %	23
Abbildung 12: Verteilung der Wohnorte der Befragten, in %	23
Abbildung 13: Zeitpunkt des Zuzugs nach Deutschland oder in den Kreis GT, in %	24
Abbildung 14: Angabe zum Zuzugsgrund, in %.....	25
Abbildung 15: Ist das Ihr erster (Arbeits-)Aufenthalt in Deutschland?	25
Abbildung 16: Planen Sie in den nächsten 6 Monaten..., in %	25
Abbildung 17: Wohnsituation: Beabsichtigte Bleibedauer in Deutschland und dem Kreis Gütersloh, in %.....	26
Abbildung 18: Zukunftspläne, in %	26
Abbildung 19: Bedarf an, Wissen über und Nutzung von Angeboten, in %	27
Abbildung 20: Was würden Sie sich von der Einrichtung oder dem Angebot wünschen? Die Einrichtung/das Angebot..., in %.....	28
Abbildung 21: Welche der folgenden Faktoren haben Sie bisher davon abgehalten, Unterstützungsangebote zu nutzen?	28
Abbildung 22: Wie hoch ist Ihr Interesse, die deutsche Sprache zu lernen?, in %	29
Abbildung 23: Falls Sie die deutsche Sprache nur begrenzt oder gar nicht beherrschen: Wie würden Sie Ihre aktuellen Deutschkenntnisse einschätzen?	29
Abbildung 24: Bevorzugtes Format eines Sprachkurses, in %	29
Abbildung 25: Bedingungen, um eine Teilnahme zu ermöglichen, Mehrfachnennungen möglich, in %	30
Abbildung 26: Wie teilen Sie sich an einem normalen Tag Ihre Zeit ein? (Stundenangabe, arithmetisches Mittel der jeweiligen Kategorie, Gesamtwert über 24 Stunden möglich).....	31
Abbildung 27: Wie häufig gehen Sie folgenden Freizeitaktivitäten nach?	31
Abbildung 28: Zufrieden mit der Wohnsituation im Einzelnen, in %	32
Abbildung 29: Wohnlage (Entfernung zur Arbeit/Schule/Arzt...), in %	32
Abbildung 30: Bleibeabsicht und Kinder im Haushalt, in %	34
Abbildung 31: Kinder im Haushalt & Annahme von Angeboten, in %	34

Abbildung 32: Korrelationsanalyse zu Zeitressourcen und Angebotsannahme	35
Abbildung 33: Remittance und Interesse am Erlernen der deutschen Sprache, in %	35
Abbildung 34: Subjektives Auskommen & Annahme von Angeboten, in %	36
Abbildung 35: Zufriedenheit mit der Wohnsituation und die Nutzung von Angeboten	36
Abbildung 36: Potenzialgruppenanalyse	37
Abbildung 37: Potenzialgruppen.....	38
Abbildung 38: Faktorenanalysen	39
Abbildung 39: Regressionsanalysen zur Bleibemotivation	40
Abbildung 40: Regressionsanalysen zur Angebotsannahme	40
Abbildung 41: Ergebnis des Tests der Hypothesen.....	41

Kurzfassung

Die Studie untersucht die Lebenslagen, Bleibemotivationen und Unterstützungsbedarfe von Zugewanderten aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh und liefert damit eine der bislang umfassendsten Einzelanalysen dieser Zielgruppe in einem deutschen Landkreis. Im Mittelpunkt stehen Menschen aus Rumänien, Bulgarien, Nordmazedonien und Polen, deren Zuwanderung stark arbeitsmarktgetrieben ist und sich im Kreis Gütersloh insbesondere im Umfeld der Fleischindustrie sowie weiterer Industriezweige konzentriert.

Die Studie basiert auf einem Mixed-Methods-Design aus einer standardisierten Befragung von n=630 Zugewanderten, Fokusgruppeninterviews mit Fachkräften und Zielgruppen sowie multivariaten und qualitativen Analysen. Ziel war es, die alltäglichen Lebensbedingungen, Integrationsverläufe und Angebotsbedarfe systematisch zu erfassen und daraus Handlungsperspektiven für kommunale Integrationspolitik abzuleiten.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Zuwanderung überwiegend arbeitsmarktbezogen ist und von relativ stabiler Erwerbstätigkeit geprägt wird. Viele Befragte verfügen über ein mittleres Einkommensniveau, sind krankenversichert und weisen nur begrenzt transnationale Lebensweisen auf. Gleichzeitig bestehen heterogene Bildungsprofile und Haushaltsstrukturen, wobei Familien eine zentrale Rolle spielen.

Auffällig ist die verbreitete langfristige Bleibeabsicht, insbesondere bei Personen mit Kindern. Gleichzeitig besteht ein hoher Bedarf an integrationsbezogenen Angeboten, vor allem an Sprachkursen. Diese sind jedoch häufig wenig bekannt oder schwer zugänglich, etwa aufgrund von Schichtarbeit, Kosten oder fehlender Information. Niedrigschwellige, wohnortnahe und zeitlich flexible Angebote erhöhen die Teilnahmebereitschaft deutlich.

Multivariate Analysen zeigen, dass Integrationsverläufe weniger von soziodemografischen Merkmalen als von konkreten Lebenslagen bestimmt werden. Familienstrukturen, Wohnsituation, Arbeitsbedingungen und Zukunftsperspektiven beeinflussen Bleibemotivation und Angebotsnutzung maßgeblich. Insgesamt verdeutlicht die Studie, dass Migration aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh vor allem arbeitsmarktgetragen ist, zugleich aber strukturelle Barrieren, wie mangelnde Sprachkenntnisse, beim Zugang zu Integrationsangeboten bestehen. Für eine nachhaltige Integrationspolitik sind daher lebensweltorientierte, flexible und lokal verankerte Maßnahmen erforderlich.

1. Einleitung

Sowohl die fortschreitende Europäische Integration als auch der demografische Wandel haben dazu geführt, dass Zuwanderung eine Alltagserfahrung in ganz Deutschland ist. Dabei prägen Vorstellungen über Ankunftsgebiete in urbanen Zentren die Vorstellung über die Migration, obwohl rund 48 Prozent aller Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland in Landkreisen leben und häufig dort, wo es mittelständische Unternehmen gibt. Denn Produktionsstätten der deutschen Industrie sind nicht unbedingt auf die Großstädte konzentriert. Das wiederum führt dazu, dass Kreise und kreisfreie Städte herausgefordert sind, adäquate und örtlich passende integrationsbezogene Maßnahmen zu organisieren, um sowohl den jeweiligen Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten als auch dem demografischen Wandel zu begegnen.

Der Kreis Gütersloh in NRW ist hierbei sowohl typisch als auch besonders. Typisch ist er, da er ein ausgeprägter Wirtschaftsstandort ist und mit den Städten Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück zwar zwei Zentren, aber sonst eine eher kleinteilige Siedlungsstruktur aufweist. Besonders ist er als einer der deutschlandweit wichtigsten Zuwanderungsschwerpunkte für Menschen aus Mittel- und Südosteuropa (MSOE), vor allem Rumänien und Bulgarien, Polen und Nordmazedonien. Das liegt an der im Kreis Gütersloh ansässigen Fleischindustrie, welche aktiv in diesen Ländern Arbeitskräfte anwirbt und beschäftigt. Rund 5,3 Prozent aller Menschen aus den genannten Ländern, die in NRW leben, wohnen im Kreis Gütersloh. Insgesamt sind es mehr als 23.000 Menschen. Damit geht auch die Herausforderung einher, für diese große Zielgruppe passende Angebote zur Integration zu organisieren und umzusetzen.

Erfahrungen der kreisangehörigen Kommunen, des Kommunalen Integrationszentrums und zivilgesellschaftlicher Akteure zeigen, dass die Zielgruppe nach wie vor häufig stark segregiert lebt und in Relation zu ihrer Größe als größte Zuwanderungsgruppe zu wenig an Integrationsangeboten und - grundsätzlich gesprochen - Kontexten des öffentlichen Lebens im Sinne einer Teilhabe am öffentlichen Raum teilhat. Die gegenwärtigen Strukturen der Angebotslandschaft, wie auch der lebensweltlichen Lage der Menschen (u.a. hohe Fluktuation der Menschen) galt es daher für ein evidentes Bild genau zu prüfen. Daher wurde, ermöglicht durch eine Kofinanzierung des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, vom Kreis Gütersloh und unter enger Kooperation mit den kreisangehörigen Kommunen eine Zielgruppenbefragung durchgeführt. Dadurch können die Bedarfsstrukturen der Zielgruppe sichtbar gemacht werden und dienen als evidenzbasierte Grundlage für die Beleuchtung, Planung und ggfs. Weiterentwicklung integrationsbezogener Maßnahmen.

Für die Untersuchung wurden drei forschungsleitende Fragen erarbeitet, welche die empirische Analyse rahmen und einordnen. Diese sind:

- Unter welchen alltäglichen Rahmenbedingungen leben Zugewanderte aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh?
- Welche Bleibemotivationen sind bei Zugewanderten aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh vorzufinden?
- Welche Angebote wünschen sich Zugewanderte aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh?

Die Beantwortung der forschungsleitenden Fragen ist sowohl wissenschaftlich als auch für die praktische Integrationsarbeit von Relevanz. Die Untersuchung im Kreis

Gütersloh ist die bis dato umfangreichste Einzeluntersuchung der Zielgruppe in ganz Deutschland und schreibt damit den aktuellen Forschungsstand fort. Die Studie ergänzt damit das Bild von Schramm/Pries (2024), welche eine vergleichende Untersuchung von sechs Gemeinden in NRW vorgelegt haben mit einer fokussierten Analyse auf einen Landkreis und hebt sich zugleich von den quartiersbezogenen Analysen der Zuwanderung aus Südosteuropa, v.a. in den Ruhrgebietskommunen ab (Kurtenbach 2015, Neßler et al. 2024). Die Ergebnisse tragen auch zur andauernden Debatte über Migration allgemein jenseits der Metropolen bei und beleuchten die Wahrnehmung der lokalen Angebotslandschaft aus Perspektive der Adressant/-innen.

Für den Kreis Gütersloh bedeuten die Ergebnisse, dass die Angebote für die Zielgruppe sowohl bedarfs- als auch wirkungsorientiert ausgearbeitet werden können, ohne, dass die Untersuchung einen Evaluationscharakter trägt. Dadurch kann eine Anpassung der bisherigen Angebotslandschaft evidenzbasiert und für alle beteiligten Akteure gewinnbringend angestrebt, aber auch neue Kooperationen gesucht werden. Das Kommunale Integrationszentrum hat die gesamte Untersuchung partizipativ angelegt, sodass bereits durch den Forschungsprozess selbst Erkenntnisse über die Zielgruppe und Kontakte in die Communities erarbeitet wurden.

Durch die breit angelegte Untersuchung im Kreis Gütersloh können aber auch Mehrwerte für die Integrationsarbeit in ganz NRW gewonnen werden. Die Zielgruppe ist nach wie vor wenig erforscht, sodass Erkenntnisse über Bleibemotivationen, Arbeitsverhältnisse oder Angebotsbedarfe auch für andere Kommunen in NRW aufschlussreich sind. Ebenfalls werden die Erfahrungen des Forschungsprozesses selbst dokumentiert, sodass Kommunen die Hürden und Potenziale einer solchen Untersuchung abwägen können. Auch das Land NRW gewinnt neue Erkenntnisse, wie Migration aus MSOE strukturiert ist und welche Rolle lokale und regionale Charakteristika spielen.

Der Forschungsbericht ist in acht Kapitel aufgeteilt. Nach der Einleitung wird der Forschungsstand zur Zuwanderung aus MSOE aufgearbeitet, um die neuen Erkenntnisse der Studie einzuordnen. Anschließend wird im dritten Kapitel das empirische Design der Arbeit beschrieben. Im vierten Kapitel werden deskriptive Befunde vorgelegt, während im fünften Kapitel Ergebnisse multivariater Analysen besprochen werden. Im sechsten Kapitel werden die Fokusgruppeninterviews analysiert. Das siebte Kapitel beinhaltet Handlungsempfehlungen für die Integrationsarbeit im Kreis Gütersloh. Den Abschluss bildet das achte Kapitel, das Fazit, in welchem die Ergebnisse der Studie zusammengetragen und die forschungsleitenden Fragen beantwortet werden.

2. Forschungsstand

2.1. Zuwanderung aus Mittel- und Südosteuropa

Mit dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 zur Europäischen Union wurden zwei Länder Mitglieder, welche bis heute zu Ländern mit dem geringsten Durchschnittseinkommen innerhalb der Europäischen Union gehören. Der Binnenmarkt wurde damit auch sozial noch ungleicher, sodass spätestens mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2014 der Anreiz im europäischen Ausland zu arbeiten hoch war. Heute leben nach Schätzungen etwa 25 Prozent aller Menschen mit rumänischer Staatsangehörigkeit außerhalb Rumäniens, im Falle Bulgariens sind es rund 45 Prozent. Zum Vergleich leben nur rund fünf Prozent aller Deutschen außerhalb Deutschlands.

Deutschland als größtes und wirtschaftsstärkstes EU-Land ist für Rumänen und Bulgaren, aber auch für Menschen mit nordmazedonischer Staatsangehörigkeit eines der Hauptzuwanderungsländer. Mittlerweile leben, nach Daten des statistischen Bundesamtes, weit mehr als 900.000 Menschen mit rumänischer Staatsangehörigkeit in Deutschland, mehr als 830.000 Menschen aus Polen, 432.000 Menschen aus Bulgarien und 143.000 Menschen mit nordmazedonischer Staatsangehörigkeit.

Für EU-Bürger/-innen gilt zwar die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit, das heißt, sie können ohne Einschränkung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen oder sich in Deutschland selbstständig machen. Allerdings geht mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder einem der anderen Freizügigkeitsrechte der EU nicht unbedingt der Zugang zu Leistungen nach dem SGB II einher. Falls bspw. der Aufenthalt zur Arbeitsuche bestimmt ist, besteht für die Zeit kein Anspruch auf Grundsicherung. Dieser besteht in der Regel erst nach fünf Jahren regulären Aufenthalts und längerer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, oftmals reichen Mini-Jobs nicht aus. Kindergeld wiederum ist eine Besonderheit, welche bezogen werden kann, wenn ein EU-Bürger in Deutschland lebt und erwerbstätig ist. Wenn kein Krankenversicherungsschutz besteht, was teilweise bei EU-Ausländer/-innen der Fall ist, ist ausschließlich eine Notfallbehandlung möglich, deren Kosten nicht selten die Betroffenen im Nachhinein selbst tragen müssen.

Die Ungleichheit einerseits und der Ausschluss aus Sozialleistungen andererseits haben dazu geführt, dass Teile der Zuwanderung aus Südosteuropa als prekär gedeutet wurden. Zwar kommen vor allem Angehörige der Mittelschicht aus den Herkunftsländern nach Deutschland, doch auch von Armut bedrohte Menschen. Die Heterogenität der Zugewanderten bestimmt auch den Forschungsstand, wobei der Zweig zur arbeitsmarktbezogenen Migration bei weitem überwiegt. Beispielsweise erfasst der Mikrozensus auch systematisch Zuzugsmotive, welche von Geis-Thöne (2020) ausgewertet wurden. Die Daten nach Herkunftsland belegen, dass die EU-Freizügigkeitsmigration, einschließlich der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, überwiegend arbeitsmarktgetrieben ist und weniger durch Sozialleistungsanreize erklärt werden kann. Die EU-Zuwanderung trägt damit zum Arbeitskräfteangebot bei und wird seit den 2010er Jahren als Faktor wirtschaftlicher Dynamik diskutiert.

2.2. Räumliche Muster der Zuwanderung aus Mittel- und Südosteuropa nach NRW

Dieses generelle Bild über die Zuwanderung aus MSOE sollte aber nicht die erheblichen Unterschiede bei ihrer räumlichen Ausprägung ausblenden. Zum einen gibt es zwischen den Bundesländern eine deutliche Differenz, aber eben auch innerhalb von Bundesländern. In NRW ist bspw. die Zuwanderung nach Duisburg, Dortmund sowie in den Kreis Gütersloh hoch, in Münster oder dem Hochsauerlandkreis wiederum ist die Zuwanderung aus Südosteuropa relativ gering. Neben der regionalen Verteilung ist die kleinräumige Verteilung von besonderer Bedeutung. Hier konzentriert sich der Forschungsstand vor allem auf kreisfreie Städte und insbesondere auf das Ruhrgebiet. In Stadtteile wie Duisburg-Marxloh oder die Dortmunder Nordstadt sind besonders viele von Armut bedrohte Menschen aus MSOE hinzugezogen, was mehrere Gründe hat, darunter ein einfacher Zugang zum Wohnungsmarkt und superdiverse Bevölkerungsstruktur, welche das Ankommen erleichtern kann. Zwar sind solche Ankunftsgebiete durchaus durch Konflikte geprägt (Hüttermann 2000, Döring/Kurtenbach 2020), langfristig erfüllen sie jedoch die Funktion eines Ankunftsgebiets für Zugewanderte. Solche Funktionen können sich auch rund um große Betriebe und

Bildungseinrichtungen entwickeln, ohne dabei armutsgeprägt zu sein. Universitäten bilden eine solche Infrastruktur, aber auch große Arbeitgeber (Heidbrink/Kurtenbach 2019).

Vor allem die arbeitsmarktgetriebene Zuwanderung, die von Großbetrieben geprägt ist, ist für die Kreise bzw. kreisangehörigen Kommunen von besonderer Bedeutung. Solche Großbetriebe sind aufgrund der Flächenintensivität vor allem in Landkreisen angesiedelt, wo der Boden noch relativ günstig und die Verkehrsanbindung gut ist. Im Falle einer branchenspezifisch eingeschränkten Möglichkeit der Automatisierung der Produktion bedeutet dies dann aber auch einen erhöhten Personalbedarf. Wenn dieser nicht aus der Bevölkerung gedeckt werden kann, bedarf es der Anwerbung von Arbeitskräften. Das kann dazu führen, dass sich in kreisangehörigen Kommunen Zuwanderung konzentriert und sich dadurch besondere Integrationsaufgaben entwickeln, welche eine komplexe Integrationspolitik notwendig machen.

Der Kreis Gütersloh kann als Fall einer arbeitsmarktinduzierten Zuwanderung verstanden werden, bei der sich Migration kleinräumig um großbetriebliche Beschäftigungsstrukturen verdichtet. Beschäftigungsintensive Branchen wie Fleischverarbeitung, Lagerwirtschaft und Logistik erzeugen einen spezifischen Arbeitskräftebedarf, der wiederum Wohnraumnachfrage, lokale Infrastrukturbedarfe und Integrationsanforderungen räumlich bündelt. Die zentrale kommunale Herausforderung besteht daher weniger allein in der Regulierung von Arbeit und Wohnen, sondern in der Anpassung öffentlicher Infrastruktur an eine dynamische und sozial differenzierte Zuwanderungssituation.

2.3. Kommunale Handlungsmöglichkeiten zur Integration Zugewanderter aus Mittel- und Südosteuropa

Die Struktur der Zuwanderung aus Südosteuropa in Landkreise mit Großbetrieben, in welchen Zugewanderte Arbeit finden und dadurch auch die Wohnraumversorgung ermöglicht wird, unterscheidet sich damit erheblich von den Mustern kleinräumiger und teilweise armutsbegründeter Migration in urbane Ankunftsgebiete kreisfreier Städte. Das hat mehrere Konsequenzen für die kommunalen Möglichkeiten der Integrationsförderung. Denn während in den urbanen Ankunftsgebieten Zugewanderte aus Südosteuropa häufig zu Beginn ihres Integrationsprozesses zumeist prekäre Beschäftigungs- und Wohnverhältnisse aufweisen, aber zugleich kleinräumig konzentriert sind (Kurtenbach 2015), finden sich solche Muster in Landkreisen nicht, zumindest wenn die Zuwanderung direkt mit einem Arbeitsverhältnis in einem Großbetrieb verbunden ist. Die kleinräumige Konzentration stimmt dann auch nur für einen Teil der Zugewanderten, sollten sie in Werkwohnungen leben, welche zumeist nur an allein migrierende Menschen, also nicht an Familien, vergeben werden. In der Konsequenz verteilt sich die Gruppe der Neuzugewanderten breiter im Stadtgebiet, ohne, dass eine ökonomisch existenziell gefährdete Situation gehäuft auftritt. Das bedeutet jedoch nicht, dass einzelne Zugewanderte, aufgrund individueller Problemlagen, nicht von existenzieller Armut und Wohnungslosigkeit betroffen sein können.

Eine besondere Herausforderung besteht dann in der Erreichbarkeit der Zielgruppe. Denn weder räumlich noch zeitlich ist sie voraussetzungsarm zu adressieren, vor allem wenn Beschäftigungsverhältnisse im Schichtbetrieb verbreitet sind. Zugleich besteht Kontakt zu öffentlichen Einrichtungen zumeist nur über das Bildungssystem, sollten Kinder im Haushalt leben, oder bei der Wohnanmeldung. Intermediäre Organisationen, in welchen Zugewanderte häufig noch in Kontakt stehen, sind Religionsgemeinschaften, zumeist muttersprachliche Selbstorganisationen sowie

Beratungseinrichtungen. Das wiederum führt dazu, dass Angebote, die Kontakte mit der Mehrheitsbevölkerung am Ort oder auch klassische integrationsbezogene Leistungen, wie Sprachkurse, ermöglichen, nicht so einfach erreicht werden.

In Bezug auf die Finanzierung sozialer und kultureller Angebote für Zugewanderte aus Mittel- und Südosteuropa und damit auch aus EU-Ländern ist die Situation ohnehin eher projektförmig und nicht dauerhaft angelegt. Aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen sind weite Teile der Mittel aus den Sozialversicherungen nicht zugänglich und eine Förderung von Maßnahmen wird häufig über europäische Mittel, wie den ESF oder EHAP, kofinanziert. Zumeist werden damit besondere Bedürftigkeit oder Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration gefördert. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten, wie sie mitunter in Landkreisen zu finden sind, sind unter solchen Rahmenbedingungen besonders eingeschränkt, da es sich nicht um eine Gruppe handelt, die im engeren Sinne eine sozialpolitische Bedürftigkeit aufweist, weswegen die Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. zur Arbeitsmarktintegration, nicht zur Verfügung stehen. Kommunen haben also die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Allzuständigkeit freiwillige aber ausschließlich selbstfinanzierte Angebote zu etablieren, oder auf Förderprogramme, zumeist auf Landesseite, zurückzugreifen, um bspw. Sprachkurse anzubieten. Das Land NRW fördert bis Ende 2027 Kreise und kreisfreie Städte mit einer erhöhten Zuwanderung aus Südosteuropa in einem Sonderprogramm. Die Folge ist, dass zumeist nur auf wenige Jahre angelegte Maßnahmen mit wechselndem Personal gefördert werden, was eine Kontinuität der Arbeit maßgeblich beeinflusst. Gleichzeitig stellt die mittlerweile prekäre Haushaltslage praktisch aller Kommunalverwaltungen ein zentrales Hemmnis für die innovative Etablierung oder langfristige gedehnte Integrationsarbeit für die Zielgruppe dar.

2.4. Empirische Implikationen

Die Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand weist bereits auf Herausforderungen für die kommunale Integrationsförderung sowie auf vorhandene Wissensbestände, aber auch Erkenntnislücken hin. Um die Erkenntnisse aus dem Forschungsstand einerseits und die kommunale Steuerungsabsicht andererseits zu verbinden und die Beantwortung der forschungsleitenden Fragen zu garantieren, wurden in zwei Workshops Hypothesen formuliert. Der erste Workshop wurde mit der Steuerungsgruppe des Projekts sowie des Kommunalen Integrationsmanagements des Kreises Gütersloh vorgenommen, der zweite unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft. Aus beiden Formaten wurden zehn Hypothesen abgeleitet. Diese sind:

H1: Wenn die Menschen mit Kindern kommen, dann wollen sie bleiben.

H2: Je niedrigschwelliger ein Angebot ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es angenommen wird.

H3: Je spezifischer das Angebot, desto höher das Nutzungsverhalten.

H4: Wenn Familiennachzug geplant oder erfolgt ist, ist das Interesse an der Annahme von Angeboten erhöht.

H5: Je höher der Anteil von Geld ist, der in die Heimat gesendet wird, desto geringer ist das Interesse an integrationsbezogenen Angeboten.

H6: Wenn kein Geld vorhanden ist, werden auch keine Angebote wahrgenommen.

H7: Je langfristiger ein Aufenthalt in der Kommune geplant ist, desto höher fällt der Wunsch nach Sprachförderung aus.

H8: Wenn ein Angebot herkunftssprachlich angeboten wird, dann erhöht sich die Teilnahmebereitschaft.

H9: Je höher die Zufriedenheit mit der Wohnsituation ist, desto größer ist auch die Offenheit gegenüber Angeboten.

H10: Je mehr die Person arbeitet, desto weniger nimmt sie an Angeboten teil.

Auf Grundlage der Hypothesen wurden dann ein Fragebogen sowie Leitfäden für Fokusgruppeninterviews entwickelt. Das so gewonnene empirische Material ermöglicht die Beantwortung der forschungsleitenden Fragen sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen für den Kreis Gütersloh sowie das Land NRW.

3. Empirisches Design

3.1. Partizipative Fragebogenentwicklung

Im Rahmen des Projekts war vorgesehen, dass der Fragebogen für die quantitative Befragung sowie die Leitfäden für qualitative Interviews in einem kooperativen und integrativen Prozess erstellt werden. Abgefragt wurden folgende Aspekte:

- Vielfalt der Perspektiven: Durch die Teilnehmer/-innen von Einrichtungen mit unterschiedlichen Hintergründen werden vielfältige Perspektiven und Erfahrungen eingebracht. Dadurch können verschiedene Blickwinkel berücksichtigt werden.
- Echtzeit-Kollaboration: Ein Workshop ermöglicht es den Teilnehmer/-innen, in Echtzeit zusammenzuarbeiten, Ideen auszutauschen und zu diskutieren. Dies fördert die Interaktion und den Dialog zwischen den Teilnehmern, was zu einem tieferen Verständnis der verschiedenen Standpunkte und Bedürfnisse beiträgt.
- Nutzung von „Gruppenintelligenz“: Durch die Zusammenarbeit in Gruppen können die unterschiedlichen Kompetenzen und Fachkenntnisse der Teilnehmer/-innen zielführend genutzt werden.
- Förderung von Kreativität: Workshops und der Einsatz geeigneter Workshopmethoden wie Brainstorming-Techniken und interaktive Übungen bieten eine strukturierte Umgebung, um kreatives Denken zu fördern.
- Hohe Akzeptanz und Engagement: Wenn die Teilnehmer/-innen aktiv in den Entwicklungsprozess des Fragebogens einbezogen werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese den Fragebogen akzeptieren und sich engagieren an der Befragung beteiligen.

Der erste Workshop wurde am 29. August 2024 veranstaltet. Zu diesem initialen Workshop wurde der Kreis der Teilnehmer/-innen vornehmlich auf Projektmitarbeiter/-innen des kommunalen und wissenschaftlichen Umfelds fokussiert. Insgesamt haben sieben Teilnehmer/-innen der kommunalen Steuerungsgruppe sowie drei Projektleiter/-innen von InWIS und der FH Münster teilgenommen. Dies hatte den Hintergrund, im Rahmen des ersten Workshops ein gemeinsames Themen- und Methodenverständnis der unmittelbar in das Projekt involvierten Beteiligten zu gewährleisten.

In der ersten Phase des Workshops haben die Teilnehmer/-innen zunächst eine inhaltliche Eingrenzung der Themenfelder vorgenommen, welche im Rahmen der geplanten Befragung zu erfassen sind, um die Forschungsfragen adäquat abbilden zu können. Hierbei wurden folgende fünf Themenfelder erarbeitet:

- Angebote & Teilhabe [als zentrale Variable]
- Aufenthalt & Verbleib
- Sprache, (Aus-/Fort-/Schul-)Bildung, Betreuung
- Lebenslage (umfasst familiäre Situation/Struktur des Haushalts, Wohnsituation, Problemlage, Ressourcen)
- Arbeit

Diese wurden in einem weiteren Schritt im Rahmen von Gruppenarbeiten inhaltlich vertieft, wobei jedem Themengebiet relevante Fragen zugewiesen wurden:

Angebote & Teilhabe:

- Bedürfnisse der Zielgruppe hinsichtlich Art, Umfang und Gestaltung von Angeboten
- Interesse an Angeboten und verfügbares Zeitbudget, um Angebote zu nutzen

Aufenthalt & Verbleib:

- Geplante Dauer des Aufenthalts im Kreis Gütersloh und Ambitionen zum längerfristigen/dauerhaften Verbleib
- Pläne für Familiennachzug oder Familiengründung
- Pendelverhalten zwischen dem Kreis Gütersloh und dem Herkunftsland

Sprache:

- Interesse an bzw. Motivation zu Spracherwerb
- Format-Präferenzen für Sprachangebote (Analog, Online, Self-Learning)

Lebenslage:

- Aufteilung von Arbeitszeit und Freizeit
- Wohnsituation
- Haushaltsstruktur
- Wirtschaftliche Situation und Einkommensverwendung (Grundbedürfnisse, Freizeitangebote, freie Mittel)

Arbeit:

- Berufliche Situation und -Stellung
- Branchenzugehörigkeit
- Berufliche Qualifikation

Im Ergebnis wurden durch die Teilnehmer/-innen forschungsleitende Hypothesen entwickelt. Die Ergebnisse des ersten Workshops dienten als Grundlage für eine erste Operationalisierung der Inhalte zu Fragebogen-Items.

Der zweite Workshop fand am 18. September 2024 in Gütersloh statt, wobei sich der Workshop im Vergleich zum ersten Workshop an einen breiteren Teilnehmendenkreis richtete. Insgesamt waren 17 Teilnehmer/-innen mit verschiedenen Hintergründen (Kreis-/Kommunen, Migrant*innenorganisationen, Beratungsstellen, Ministerien) sowie Vertreter/-innen von InWIS und der FH Münster beteiligt. Ziel dieses Workshops war es, die im ersten Workshop gewonnenen Erkenntnisse und die darauf aufbauenden Operationalisierungen der Fragebogenbatterien zu reflektieren, inhaltlich zu ergänzen und um verschiedene Blickwinkel anzureichern. Nach einer gemeinsamen Einführung aller Teilnehmer/-innen in das Thema und den bisherigen Bearbeitungsstand wurden die Teilnehmer/-innen in Arbeitsgruppen aufgeteilt, welche jeweils intensiv an der Ergänzung und Reflektion der fünf Themengebiete gearbeitet haben. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden sodann vorgestellt und diskutiert. Im Ergebnis konnten wertvolle Hinweise für die inhaltliche Vertiefung der Fragebogen Inhalte, aber auch der einzusetzenden Fragebogenstruktur gewonnen werden.

Auf der Basis der beiden Workshops konnte damit ein Fragebogen entwickelt werden, der aus den folgenden Themenbereichen zusammengesetzt ist:

- Screening: Fragen zur Identifikation und Feststellung, ob Befragte tatsächlich Teil der zu untersuchenden Zielgruppe sind
- Angebote
- Lebenssituation
- Aufenthalt und Verbleib
- Arbeitssituation
- Kontrollvariablen/Angaben zum Haushalt

In Absprache mit Vertreter/-innen des Kommunalen Integrationszentrums wurde der Fragebogen zu einer abschließenden Version finalisiert. Diese wurde nach inhaltlicher Freigabe durch die Steuerungsgruppe in die Sprachen Bulgarisch, Rumänisch, Mazedonisch und Polnisch übersetzt und in eine maschinenlesbare Form überführt. Die übersetzten Fragebögen wurden sodann als Online-Fragebögen programmiert.

3.2. Beschreibung des Stichprobendesigns und der Erhebung

Die Grundgesamtheit und damit auch die Zielgruppe für die persönliche Befragung war durch die folgenden Kriterien definiert:

- Mindestalter von 18 Jahren zum Stichtag 30.06.2024
- Staatsbürgerschaften: Bulgarisch, Rumänisch, (Nord)Mazedonisch, Polnisch
- Ab 2015 nach Deutschland eingereist (Einreisedatum ab 01.01.2015)

Zur Realisierung der geplanten Nettostichprobe von insgesamt 400 Face-to-Face-Befragungen war vorgesehen, eine Bruttostichprobe im Umfang von 10.000 Personen der Zielgruppe aus den amtlichen Melderegistern zu ziehen. Dies entspricht einem so genannten Oversampling um den Faktor 25, was bedeutet, dass für jedes vorgesehene realisierte Interview eine Anzahl von 25 Personen aus der Grundgesamtheit benötigt wird. Diese relativ hohe Fallzahl ergibt sich aus der antizipierten niedrigen Erreichbarkeit bzw. einem erschwerten Feldzugang zur Zielgruppe. Das eingesetzte Stichprobenkonzept verfolgt das Ziel, die unterschiedliche Verteilung der Personengruppen in den einzelnen Kommunen des Kreises bereits im Vorfeld der Befragung möglichst genau nach räumlich-demographischen Kriterien abzubilden.

Um so genannte Klumpeneffekte zu vermeiden und auch für kleinere Gebiete möglichst belastbare Ergebnisse erzielen zu können, wurde eine so genannte disproportional-geschichtete Zufallsstichprobe eingesetzt. Hierbei wurde die Grundgesamtheit nach vorgegebenen Kriterien in Schichten, so genannte Stratae, zerlegt und für jede Schicht eine eigene zu ziehende Fallzahl festgelegt. Die zu verwendeten Schichten ergeben sich aus einer Kombination aus der Kommune, den jeweils in der Kommune vorhandenen Ortsteilen und den Staatsangehörigkeiten. Für den Kreis Gütersloh entsteht hierdurch ein relativ komplexes System aus insgesamt 240 Schichten. Schichten, die in der Grundgesamtheit mit geringer Fallzahl belegt sind, wurden in der Stichprobenziehung vermehrt berücksichtigt, Schichten mit hoher Fallzahl erhielten eine entsprechend niedrige Berücksichtigung.

Für die Stichprobenziehung haben die einzelnen Kommunen jeweils anonymisierte Grundgesamtheitsdaten aus den Melderegistern zur Verfügung gestellt, welche dann durch InWIS aggregiert wurden. Nach Zusammenstellung der 13 kommunalen Datensätze ergab sich zum Zeitpunkt der Datenextraktion nach den drei genannten Kriterien eine Grundgesamtheit von 11.647 Personen. Jede Kommune erhielt nach Festlegung des Stichprobendesigns eine genaue Aufstellung, wie viele Personen je Ortsteil und Herkunft zufällig zu ziehen seien. Aus Gründen des Datenschutzes mussten die Stichproben jeweils durch die Kommunen selbst, aber unter fachlicher Anleitung durch InWIS, gezogen werden. Insgesamt lag der Befragung eine Bruttostichprobe von 9.662 Personen zugrunde. Die Diskrepanz zwischen der Zielfallzahl von 10.000 Fällen und der tatsächlich realisierten Anzahl ist in diesem Falle darauf zurückzuführen, dass der Prozess der Datenzusammenstellung und Stichprobenbereitstellung durch alle 13 Kommunen einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen hat und es in den einzelnen Straten durch unterschiedliches (auch saisonales) Zu- und Abwanderungsverhalten zu kleineren Veränderungen in der Zusammensetzung gekommen ist. Nach intensiver Prüfung der Zusammensetzung des Adressmaterials konnte jedoch festgestellt werden, dass die gezogenen Stichproben der Kommunen eine hinreichende Datenqualität aufwiesen, um das Vorhaben adäquat umzusetzen.

Im Vorfeld des Befragungszeitpunktes wurden Interviewer/-innen für die Face-to-Face Interviews rekrutiert. Die Ansprache und Rekrutierung erfolgten in enger Zusammenarbeit durch den Auftraggeber. Im Rahmen der Rekrutierung erhielten die Interviewer/-innen eine Schulung seitens des InWIS. In dieser Schulung wurden der inhaltliche Schwerpunkt der Befragung und die Methodik erläutert. Darüber hinaus wurden die Interviewer/-innen auch darin geschult, wie das Interview geführt werden muss und welche Aspekte besonders berücksichtigt werden müssen, um bei Face-to-Face Interviews eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Im Rahmen des Projektes wurden insgesamt 17 Interviewer/-innen eingesetzt. Vier Personen wurden für Interviews auf Bulgarisch/Mazedonisch eingesetzt, drei Personen für Interviews auf Polnisch und die weiteren zehn Personen führten die Interviews auf Rumänisch durch.

Ziel der Befragung war es, dass 400 persönliche Face-to-Face Interviews durchgeführt werden. Neben den persönlichen Interviews wurde auch eine Onlinebefragung ermöglicht. Zur Koordinierung der Interviews wurde online eine Anmeldemaske eingerichtet. In dieser Anmeldemaske konnten die angeschriebenen Personen ihre Kontaktdaten, zwei gewünschte Interviewtermine und die zu führende Sprache hinterlegen. Ebenfalls bestand bei der Anmeldemaske die Möglichkeit die Befragung online durchzuführen.

Die Einladungen zu der Befragung wurden in der jeweiligen Herkunftssprache der Zielperson am 01.06.2025 postalisch verschickt. Das Anschreiben enthielt die notwendigen Informationen zur Studie und ebenfalls Hinweise zum Datenschutz. Auf dem Anschreiben waren ein QR-Code und ein Link abgedruckt, welche direkt zum Anmeldeformular führten.

Die erste Anmeldung zu einem persönlichen Interview erfolgte am 13. Juni. Folglich wurden die Anmeldungen tagesaktuell über eine Datenbank abgerufen. Die hinterlegten Informationen wurden dazu genutzt, um mit den jeweiligen Interviewer/-innen die Termine zu koordinieren und zu vereinbaren. Für die persönlichen Interviews standen den Interviewer/-innen eine Onlineeingabemaske oder Fragebögen in Papierform zur Verfügung. Sobald ein Interview abgestimmt worden ist, wurde ein individueller Zugangscode für die Eingabemaske vergeben, damit Angaben online gespeichert werden konnten.

Im Rahmen der koordinierten Interviews wurde ein verhaltener Rücklauf der angeschriebenen Personen festgestellt. Es wurden darüber hinaus weitere Erhebungskanäle ausgeschöpft: Für eine verbesserte Reichweite der Onlinebefragung wurden Plakate erstellt, die einen QR-Code zu der Onlinebefragung beinhalteten. Auf diesen Plakaten wurden die jeweiligen Sprachen der Zielgruppe verwendet, um so die Personen gezielt für die Befragung zu gewinnen. Die Plakate wurden zum einen in den Räumlichkeiten des Kommunalen Integrationszentrum angebracht und zum anderen kreisweit an Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner des Auftraggebers geliefert sowie in Linienbussen aufgehängt. Darüber hinaus wurden vom Kommunalen Integrationszentrum rund 15.000 Flyer zur Befragung in Briefkästen in den einzelnen Kommunen verteilt. Die Auswahl der zur Verteilung ausgewählten Wohnräume wurde datenschutzkonform mit der Statistikstelle des Kreises Gütersloh abgestimmt.

Darüber hinaus wurde gemeinsam mit dem Auftraggeber beschlossen, Befragungsaktionen vor Ort in den jeweiligen Kommunen durchzuführen. Der Auftraggeber hat bei den jeweiligen Kommunen die Genehmigungen für das Errichten der Befragungsstände eingeholt und die Durchführung vor Ort begleitet. Sobald die Termine fixiert werden konnten, wurden die Interviewer/-innen für die Befragungsaktionen vor Ort rekrutiert und die genaue Koordination abgestimmt.

Insgesamt wurden neun Befragungsaktionen in den folgenden Kommunen durchgeführt:

- 05.06.2025 in Gütersloh-Blankenhagen
- 07.07.2025 in Verl-Sürenheide
- 14.07.2025 in Verl-Sürenheide
- 06.08.2025 in Rheda-Wiedenbrück
- 03.09.2025 in Gütersloh
- 16.09.2025 in Harsewinkel
- 01.10.2025 in Rietberg
- 08.10.2025 in Rheda-Wiedenbrück
- 29.10.2025 in Herzebrock-Clarholz

Neben den Befragungsaktionen in den Kommunen vor Ort wurden auch gezielte Veranstaltungsstätten genutzt. Beispielsweise wurden zwei Aktionen bei einer rumänisch-orthodoxen Kirchengemeinde durchgeführt oder bei einem lokalen Verein für Menschen aus Bulgarien.

Bei den Befragungen vor Ort wurden Fragebögen in Papierform oder auf digitalen Endgeräten genutzt. So konnten die Interviewer/-innen die Ergebnisse direkt aufnehmen. Im Anschluss der Aktionen wurden die Fragebögen in Papierform an das InWIS zurückgeschickt, damit diese eingelesen und digitalisiert werden konnten.

Zusätzlich zu den Befragungsaktionen vor Ort nahm die Steuerungsgruppe des Projekts Kontakt zur Premium Food Group in Rheda-Wiedenbrück auf. Die Premium Food Group gehört zu den größten Arbeitgebern in der Region und beschäftigt in ihren Werken eine hohe Anzahl an Personen, die aus Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland gekommen sind. In dem Werk in Rheda-Wiedenbrück wurden am 21.07. und am 26.08. Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, um vor Ort persönliche Interviews mit Arbeitnehmer/-innen durchzuführen. Nach Absprache mit der Premium Food Group konnten die jeweiligen Personen freiwillig an der Befragung während der Arbeitszeit teilnehmen.

Insgesamt wurden 630 Interviews vollständig abgeschlossen. Davon wurden 422 Interviews persönlich geführt und weitere 208 Interviews wurden über die Onlinebefragung abgeschlossen. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass die Stichprobenziehung nicht den erwartbaren und wünschenswerten Rücklauf erhielt, allerdings aufgrund der Beharrlichkeit und des Ausschöpfens diverser Erhebungsmethoden diese Anzahl zustande kommen konnte.

3.3. Beschreibung der Fokusgruppeninterviews

Ergänzend zur Befragung wurden fünf Fokusgruppeninterviews geführt. Ein Interview, welches Aufschluss über die bisherigen Arbeitserfahrungen mit der Zielgruppe sowie strukturelle Barrieren und bereits eingespielte Kooperationen erbringen sollte, wurde mit Fachkräften im Kontext der Zuwanderung aus MSOE geführt.

Der dafür genutzte Leitfaden umfasste die folgenden zehn Fragen:

- Wie würden Sie die Zielgruppe der Zugewanderten aus Südosteuropa im Kreis Gütersloh beschreiben? Nachfrage: *Mit welchen Zielgruppen arbeiten Sie genau?*
- Welche Erfahrungen haben Sie ganz im Allgemeinen mit der Zielgruppe gemacht? Nachfrage: *Können Sie Beispiele in der Arbeit mit der Zielgruppe nennen?*
- Was hat bei der Ansprache der Zielgruppe in der Vergangenheit gut funktioniert? Nachfrage: *Welche Rolle spielten dabei digitale Wege?*
- Welche Rolle spielt die Sprache bei der Arbeit mit der Zielgruppe? Nachfrage: *Wie gehen sie mit Mehrsprachigkeit um?*
- Wie bekannt sind Ihrer Meinung nach die verschiedenen Angebote im Kreis Gütersloh unter der Zielgruppe? Nachfrage: *Wie wird die Zielgruppe denn informiert?*
- Wie ist Ihrer Erfahrung nach das Verhältnis der Zielgruppe zu den staatlichen Akteurinnen und Akteuren? Nachfrage: *Wie kann eine vertrauensbasierte Zusammenarbeit mit der Zielgruppe gelingen?*
- Welche Barrieren gab es in der Vergangenheit bei der Arbeit mit der Zielgruppe? Nachfrage: *Welche Erfahrungen haben Sie mit Mittler/-innen aus der Community selbst gemacht?*
- Wie erleben Sie die digitalen Kompetenzen der Zielgruppe? Nachfrage: *Wie erleben Sie die Ausstattung mit Smartphones usw. bei der Zielgruppe?*
- Welche Rolle spielt es, dass viele der Zugewanderten in der Fleischindustrie im Kreis Gütersloh arbeiteten? Nachfrage: *Inwiefern arbeiten Sie auch mit den Arbeitgeber/-innen zusammen?*
- Was bräuchten Sie in der Zukunft zur Arbeit mit der Zielgruppe?

Das Interview wurde am 31.03.2025 im Kreishaus Gütersloh geführt und dauerte 1 Stunde und 45 Minuten. Die Tonspur wurde KI-gestützt transkribiert und anonymisiert. Das Transkript bildet die Grundlage der Codierung und interpretativen Auswertung.

Die Interviews mit der Zielgruppe wurden getrennt nach Herkunftsland bzw. Sprache geführt, sodass ein Interview mit polnischen, zwei mit rumänischen und eines mit bulgarischen sowie nordmazedonischen Staatsbürger/-innen zusammen geführt wurde. Dafür wurden lokale Fachkräfte aus der Sozialen Arbeit und Sprachmittler/-innen in einem Workshop fortgebildet ein solches Interview zu führen. Zudem wurde der Interviewleitfaden vorgestellt, welcher in sieben strukturierende Leitfragen mit zahlreichen optionalen Nachfragen aufgeteilt ist.

- Bitte erzählen Sie kurz von sich: Wer sind Sie, wie lange leben Sie schon hier und wie kam es dazu, dass Sie in den Kreis Gütersloh gezogen sind? Nachfrage: *Was war Ihr erster Eindruck vom Leben hier?*
- Wie verläuft ein ganz normaler Tag bei Ihnen? Nachfragen: *Wie Teilen Sie Ihre Zeit auf, z.B. für Arbeit, Familie, Freizeit etc.? Was gefällt Ihnen am Leben hier besonders? Wo gibt es Schwierigkeiten? Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung und Ihrer Nachbarschaft? Haben Sie schon mal Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche erlebt?*
- Welche Rolle spielt die deutsche Sprache für Ihr Leben und Ihren Alltag? Nachfragen: *Was fällt Ihnen besonders leicht? In welchen Situationen bereitet Ihnen*

die deutsche Sprache Schwierigkeiten? Wie informieren Sie sich über Angebote und Dinge, die für Ihr Leben/Ihren Alltag wichtig sind? Welche Rolle spielen z.B. digitale Medien, Bekannte/Freunde, Beratungsangebote/Beratungsstellen, Arbeitgeber.

- Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrem Arbeitsleben im Kreis Gütersloh gemacht? *Nachfrage: Inwiefern hilft Ihnen der Betrieb bei Themen wie Deutsch lernen, Kontakte knüpfen etc.?*
- Inwiefern haben Sie Kontakt zu öffentlichen oder sozialen Einrichtungen hier im Kreis Gütersloh? Gemeint sind hiermit z.B. die Stadtverwaltung, die Polizei, aber auch Beratungsstellen wie z.B. die AWO. *Nachfragen: Was sind Ihre Erfahrungen im Umgang mit diesen Einrichtungen? Welche Rolle spielten dabei digitale Wege? Vertrauen Sie öffentlichen Einrichtungen? Wie erleben Sie die digitalen Kompetenzen der Mitarbeitenden von sozialen oder öffentlichen Einrichtungen? Wie erleben Sie die Ausstattung mit Smartphones usw. bei den Mitarbeitenden? Kennen Sie soziale Angebote oder Bildungsmöglichkeiten im Kreis Gütersloh? Wie wird die Zielgruppe informiert? Welche Freizeitangebote nutzen Sie hier? Gibt es etwas, das Sie gerne in Ihrer Freizeit unternehmen würden, aber bisher nicht können?*
- Inwiefern helfen Sie sich gegenseitig in der Community? *Nachfragen: Gibt es einzelne Leute, die vielen Leuten helfen, vielleicht für Geld, und wie sind Ihre Erfahrungen mit ihnen? Welche Rollen spielen für Sie Organisationen, wie die Kirchen, hier vor Ort?*
- Haben Sie Pläne, hier im Kreis Gütersloh länger zu bleiben? *Nachfrage: Was bräuchten Sie in der Zukunft, um gut im Kreis Gütersloh zu leben?*

Die Interviews dauerten zwischen 44 Minuten und 1:33 Stunden. Die Tonspuren wurden KI-transkribiert und anschließend übersetzt.

Die Interviews wurden inhaltsanalytisch ausgewertet, wofür ein zirkulärer Prozess des Codierens aus deduktiven und induktiven Kategorien genutzt wurde (Mayring 2022). Das Interview mit den Fachkräften wurde daher getrennt von den Interviews mit den Zugewanderten aus MSOE ausgewertet, da die Grundlage der deduktiven Kategorien der genutzte Interviewleitfaden war.

Die Transkripte wurden zur Analyse in die Software MAXQDA 2024 geladen und codiert. Es wurden also Interviewpassagen thematisch verschlagwortet und die festgelegten Schlagworte bildeten die Leitfragen ab. Während dieses Prozesses wurde deutlich, dass noch weitere Themen besprochen wurden, wofür dann wiederum induktiv neue Kategorien gebildet wurden. Durch das so erstellte Kategoriensystem wird der Text thematisch organisiert und so die interpretative Auswertung erleichtert.

Für diese werden dann personen- und interviewübergreifend Informationen thematisch verdichtet. Auf diese Weise lassen sich gemeinsame Perspektiven aus den Interviews ableiten, aber auch gruppenbezogene Spezifika werden sichtbar. Durch die Auswertung der Interviews können Sichtweisen auf Probleme und Ressourcen sowie Deutungen nachvollzogen werden, welche mit den Befragungsdaten nicht abzubilden sind.

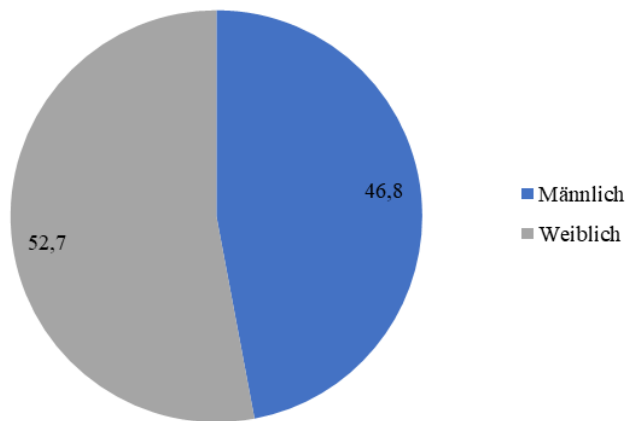
4. Deskriptive Befunde

Im Folgenden werden deskriptive Analysen, in Form von Häufigkeitsauswertungen, vorgestellt. Die Fallzahl von $n=630$ erlaubt dabei auch Gruppenvergleiche, sodass ein erstes Orientierungswissen über die Gruppe erzielt werden kann. Im Anschluss an die deskriptive Auswertung, werden dann Zusammenhangsanalysen und multivariate Analysen vorgestellt.

4.1. Beschreibung der Befragtenpopulation

Um die realisierte Stichprobe zu verstehen, werden die zentralen sozio-demografischen Merkmale ausgewertet. Abbildung 1 zeigt, dass 52,7 Prozent der Befragten Frauen und 46,8 Prozent Männer sind. Hohe Abweichungen sind also nicht festzustellen, sodass die Geschlechterverteilung plausibel ist.

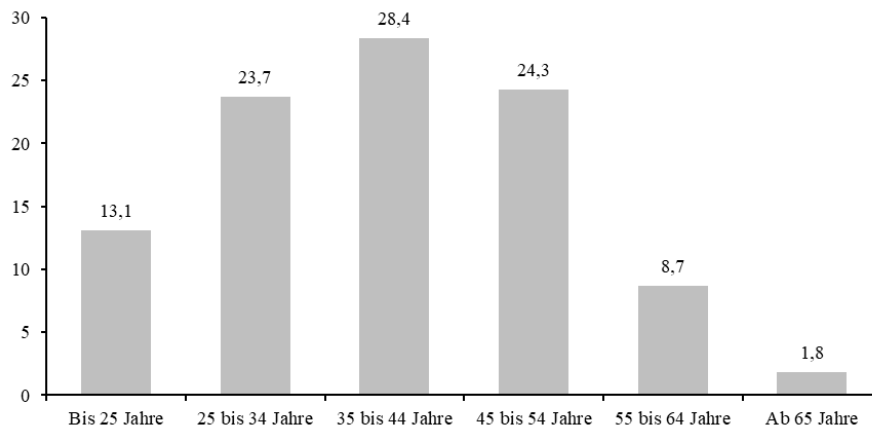
Abbildung 1: Verteilung nach Geschlecht der Befragten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Migration ist ein biografisches Projekt, was häufig relativ früh begonnen wird, vor allem wenn es zur Realisierung einer besseren Einkommenssituation angegangen wird. Daher ist die Verteilung nach Altersgruppen der Befragten, wie sie Abbildung 2 zeigt, plausibel und vergleichbar mit der Verteilung in der Grundgesamtheit. Die demografische Mitte dominiert, wobei die Verteilung insgesamt rechtsschief ist. Das heißt, dass eher jüngere Menschen mit einer polnischen, rumänischen, bulgarischen oder nord-mazedonischen Staatsangehörigkeit befragt wurden.

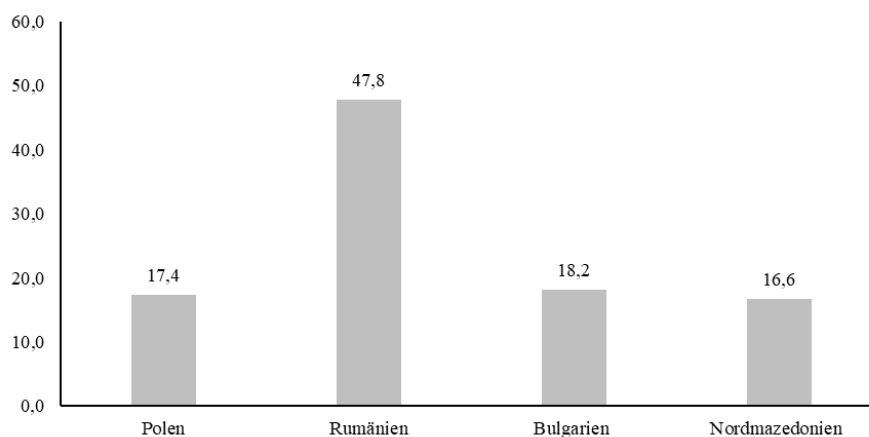
Abbildung 2: Verteilung nach Altersgruppen der Befragten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Verteilung der Staatsangehörigkeiten unter den Befragten macht sich die Sampling-Strategie bemerkbar. Denn die Befragung in den Betrieben hat einen Schwerpunkt auf die Beschäftigten in der Fleischindustrie erzeugt, der auch im Forschungsinteresse liegt. Damit sind aber Menschen mit polnischer Staatsangehörigkeit wesentlich unterrepräsentiert, im Vergleich zu ihrer Bevölkerungsgröße, Menschen mit der nordmazedonischen Staatsangehörigkeit wiederum sind überrepräsentiert. Der Grund hierfür besteht darin, dass belastbare Zahlen je Staatsangehörigkeit erhoben werden sollten, um aussagekräftige Analysen durchführen zu können. Wie noch gezeigt wird, geht dieser Befund auch mit einer relativ kurzen Wohndauer der Befragten im Kreis Gütersloh einher, was wiederum dafürspricht, dass die vorgesehene Subpopulation von Neuzugewanderten auch tatsächlich befragt wurde.

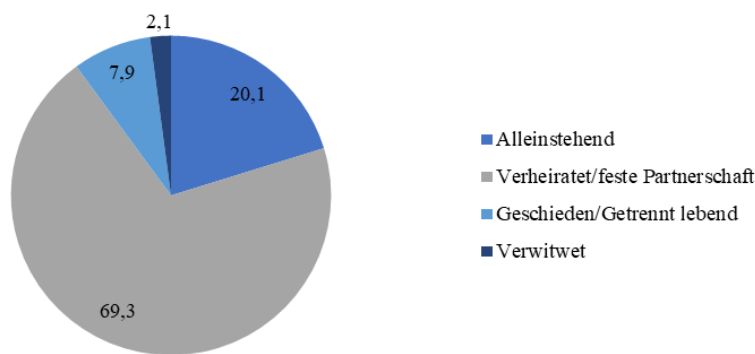
Abbildung 3: Verteilung nach Staatsangehörigkeit der Befragten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Haushaltsstruktur der Befragten zeigt sich eine relative Familiendominanz, nur ein Fünftel der Befragten gibt an alleinstehend zu sein. Allerdings liegt der Median der Personen im Haushalt bei 3,0, was darauf hinweist, dass es auch sehr große Haushalte, wahrscheinlich Werkwohnungen, gibt. Das sagt aber noch nichts über die Struktur des Haushalts im Kreis Gütersloh aus, da es sich auch durchaus um transnationale Biografien handeln kann. Der Befund verweist aber auf Netzwerkressourcen der Zugewanderten, die bei der Arbeit mit ihnen berücksichtigt werden sollten.

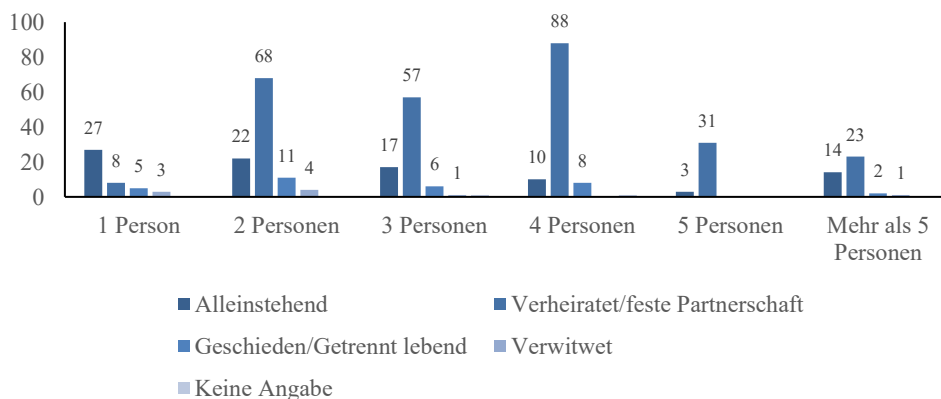
Abbildung 4: Verteilung nach Haushaltsstruktur der Befragten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

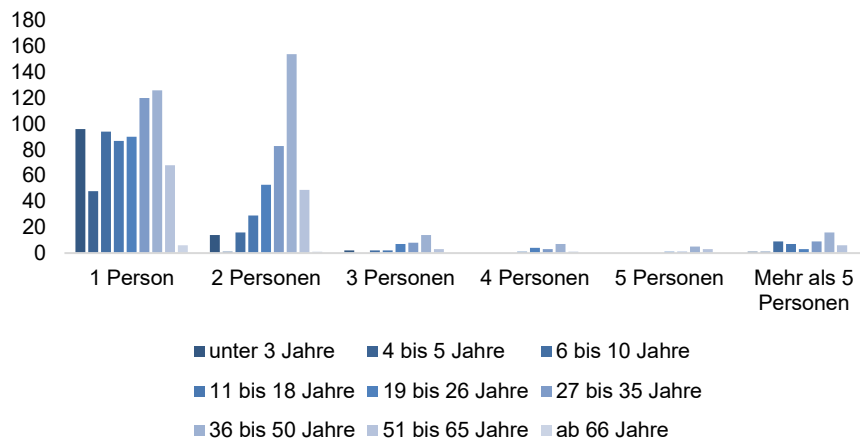
Mehr Aufschluss darüber gibt die Haushaltsstruktur nach Familienstand (Abbildung 4), die zeigt, dass tatsächlich diejenigen, die angeben allein zu leben, auch nicht in einer Partnerschaft sind. Wenn man sich dann im nächsten Schritt die Haushaltsstruktur nach Altersgruppe der Haushaltsangehörigen ansieht (Abbildung 5), wird deutlich, dass unter den Befragten Kinder eher in kleineren Haushalten leben, und Erwachsene in größeren Haushalten. Das ist auch dahingehend plausibel, dass in den Werkswohnungen der großen fleischverarbeitenden Betriebe im Kreis Gütersloh in der Regel keine Minderjährigen untergebracht werden dürfen. Dabei leben in 44,3 Prozent der Haushalte der Befragten Minderjährige. Das Bild verweist also auf eine komplexe Struktur der Gruppe der Zugewanderten aus MSOE und damit auch auf eine noch näher zu bestimmende Bedarfslage an öffentlichen Angeboten.

Abbildung 5: Verteilung nach Haushaltsstruktur der Befragten nach Familienstand, absolute Zahl



Quelle: Eigene Darstellung

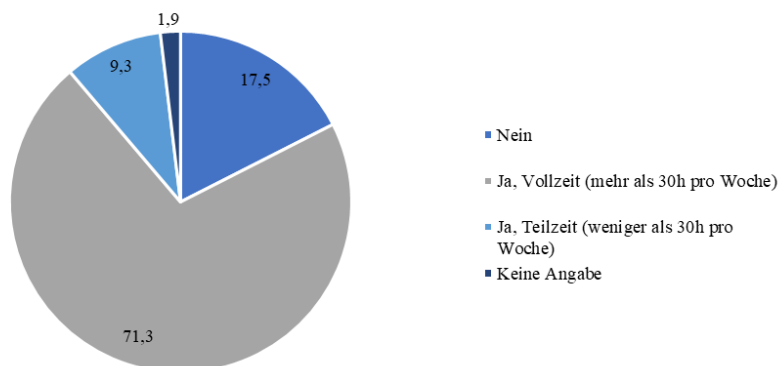
Abbildung 6: Verteilung der Altersgruppen Haushaltsangehörigen der Befragten nach Haushaltsgröße, absolute Zahl



Quelle: Eigene Darstellung

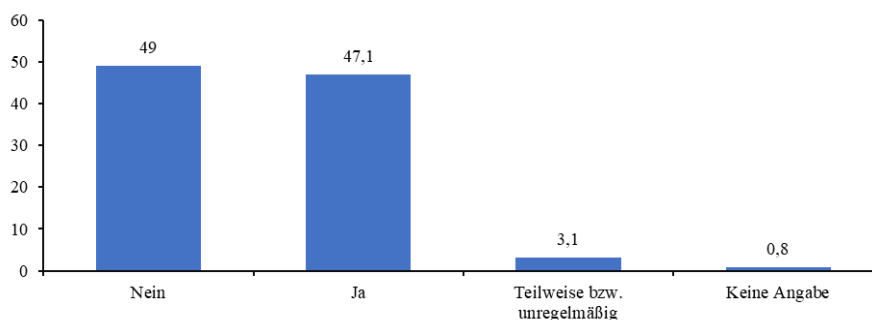
Zudem wurde abgefragt, ob die Menschen berufstätig sind und ggf. in welchen Zeitmodellen. Von den Befragten waren zum Erhebungszeitpunkt 17,5 Prozent nicht berufstätig und hier lag der Wert bei Frauen um mehr als fünf Prozentpunkte höher als bei Männern. Der weit überwiegende Teil von 71,3 Prozent arbeitet in Vollzeit, Teilzeitmodelle von weniger als 30 Stunden pro Woche waren mit 9,3 Prozent nur im geringen Maße vertreten. Auch wurde abgefragt, ob in einem Schichtsystem gearbeitet wird, was bei rund der Hälfte der Erwerbstätigen der Fall ist (Abbildung 7).

Abbildung 7: Sind Sie momentan berufstätig?, in %



Quelle: Eigene Darstellung

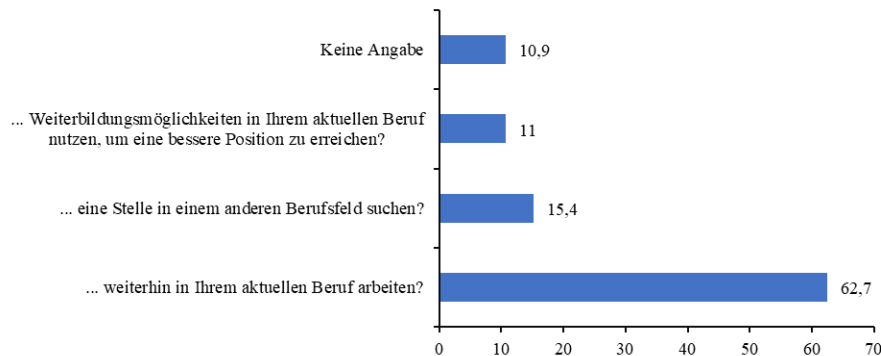
Abbildung 8: Arbeiten Sie derzeit in einem Schichtsystem?, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Im Anschluss daran wurde auch gefragt, welche beruflichen Pläne in den nächsten 12 Monaten bestehen (Abbildung 9). Die Intention war es, daraus ableiten zu können, wie weit verbreitet die Motivation zur nachhaltigen beruflichen Integration ist. Bemerkenswert ist, dass fast zwei Drittel der Befragten angeben, dass sie planen weiterhin im gleichen Beruf zu arbeiten. Dabei ist vor allem in der Arbeit in der Fleischindustrie eine sehr hohe Arbeitnehmerfluktuation zu verzeichnen. Allerdings liegen nicht immer Alternativen vor, sodass ein Jobwechsel nicht unbedingt geplant werden kann, vor allem wenn keine ausreichenden Sprachkenntnisse vorhanden sind.

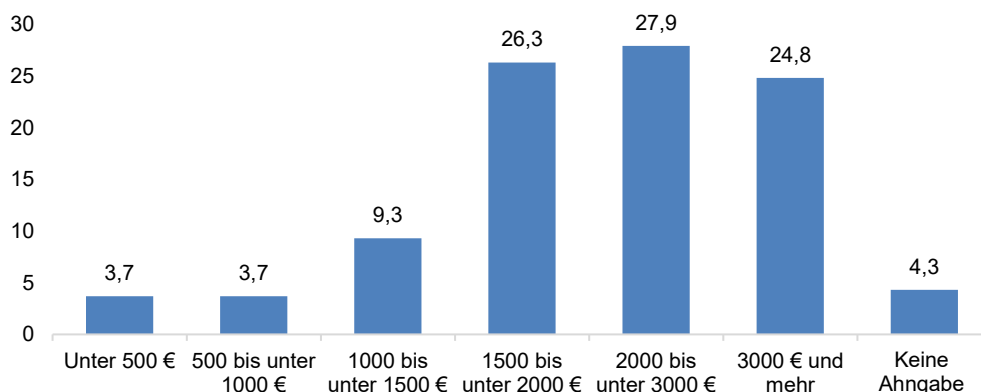
Abbildung 9: Was sind Ihre beruflichen Pläne? Möchten Sie in den kommenden 12 Monaten..., in %



Quelle: Eigene Darstellung

Die ökonomische Situation der Befragten wurde über das monatliche Nettohaushaltseinkommen abgefragt, allerdings nach Gruppen, sodass das Äquivalenteinkommen nicht sinnvoll berechnet werden kann. Es gibt einen Eindruck über die finanzielle Situation der Gruppe der Zugewanderten, die nur in kleinen Teilen als tatsächlich prekär angesehen werden kann. Rund 83 Prozent der Befragten haben ein Nettohaushaltseinkommen von über 1.500 € pro Monat, 98,1 Prozent der Befragten sind krankenversichert. Gruppenbezogene Auffälligkeiten nach Staatsangehörigkeit gibt es nicht. Das unterscheidet die Situation im Kreis Gütersloh strukturell von der in einigen Ruhrgebietskommunen, ruft aber andere Herausforderungen hervor. Dazu gehört auch, dass nur 17,5 Prozent der Befragten angeben, dass sie regelmäßig Geld ins Ausland an Angehörige schicken, 30,4 Prozent geben an, dies gelegentlich zu tun, zum Beispiel zu Geburtstagen, aber 52,1 Prozent überweisen kein Geld. Das bedeutet, dass transnationale Lebensweisen im Kreis Gütersloh relativ wenig verbreitet sind.

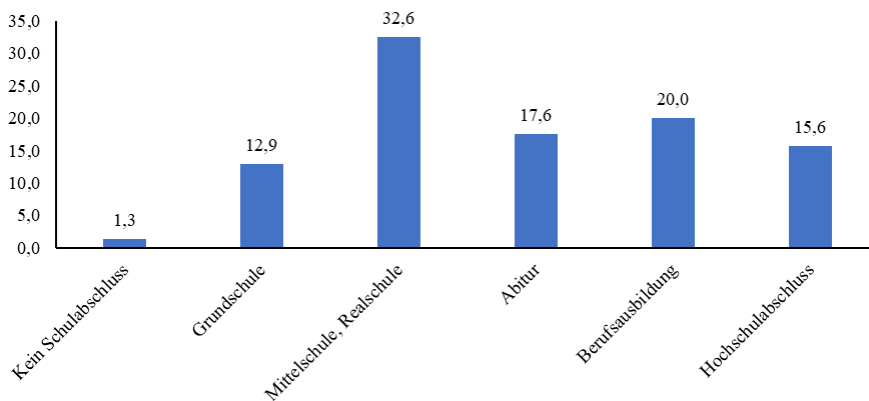
Abbildung 10: Nettohaushaltseinkommen (gruppiert) der Befragten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Auch wurde der höchste Bildungsabschluss abgefragt (Abbildung 11), wobei die Äquivalente zum deutschen Bildungssystem genutzt wurden. Dabei ergibt sich ein diverses Bild. Es sind sehr unterschiedliche Bildungsniveaus vorzufinden und keine Qualifikationsstufe dominiert. Das bedeutet auch, dass im Durchschnitt zwar ein mittleres Bildungsniveau vorherrscht, aber es durchaus nennenswerte Gruppen sowohl mit geringer als auch mit hoher Bildung gibt.

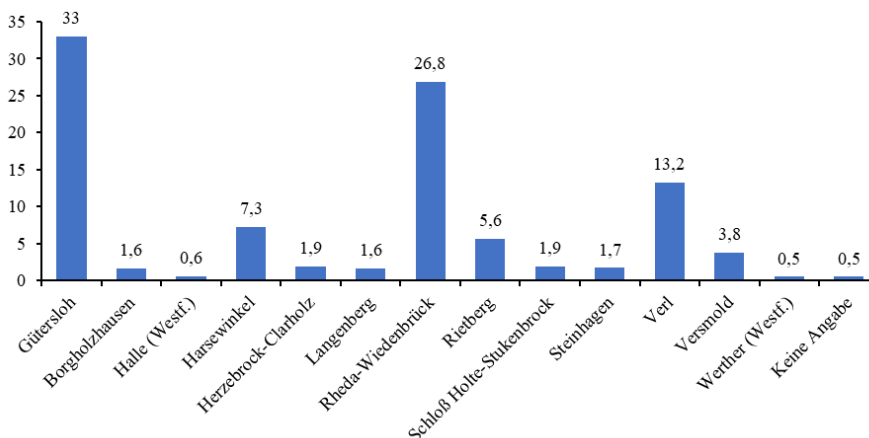
Abbildung 11: Bildungsabschluss, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Abschließend wird die Verteilung der Wohnorte der Befragten dargestellt (Abbildung 12). Zu erkennen sind drei räumliche Schwerpunkte: Gütersloh, Rheda-Wiedenbrück und Verl, was hinsichtlich des Schwerpunkts der Befragung auf Beschäftigte in der fleischverarbeitenden Industrie plausibel ist. Die Erkenntnis ist auch für die Planung und Weiterentwicklung sozialer und kultureller Angebote wichtig.

Abbildung 12: Verteilung der Wohnorte der Befragten, in %



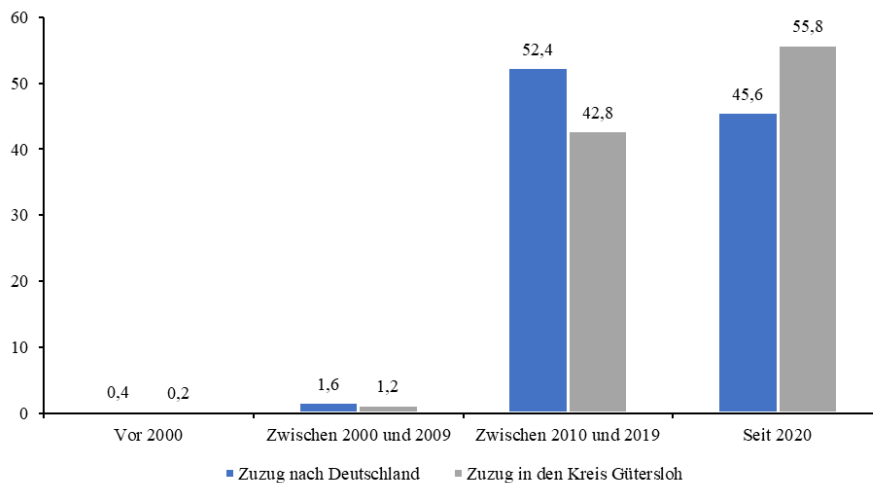
Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt war die Stichprobenziehung und die Gewinnung von Teilnehmenden für die Befragung zwar sehr aufwändig, aber im Sinne des Erkenntnisinteresses erfolgreich und bereits die Beschreibung der Stichprobe hat aufschlussreiche Ergebnisse erbracht. Im Folgenden werden nun thematische Auswertungen vorgenommen.

4.2. Zuzugsgründe, Aufenthalt & Verbleib

Bei der Untersuchung von Integrationsverläufen bzw. ihrer Unterstützung ist die Aufenthaltsdauer ein entscheidender Aspekt. Das betrifft sowohl die Aufenthaltsdauer im Land als auch am Ort. Daher wurde abgefragt, seit wann man in Deutschland bzw. im Kreis Gütersloh lebt. Abbildung 13 zeigt, dass der überwältigende Teil der Zuwanderung seit 2010, also mit der Integration Rumäniens und Bulgariens sowie der Sonderregelungen für den Westbalkan im Falle von Nordmazedonien, stattgefunden hat und auch polnische Staatsbürger/-innen haben, aufgrund von Übergangsregelungen, erst seit 2011 den vollständigen Zugang zum Binnenmarkt. Die Hälfte der Befragten kam etwa zwischen 2010 und 2019 nach Deutschland bzw. in den Kreis Gütersloh, die andere Hälfte seit 2020. Es gibt also auch hier eine Heterogenität innerhalb der Gruppe der Zugewanderten aus MSOE, welche bei der Planung von Angeboten berücksichtigt werden sollte, aber im Sinne möglicher Peer-Ansätze auch als Ressource begriffen werden kann.

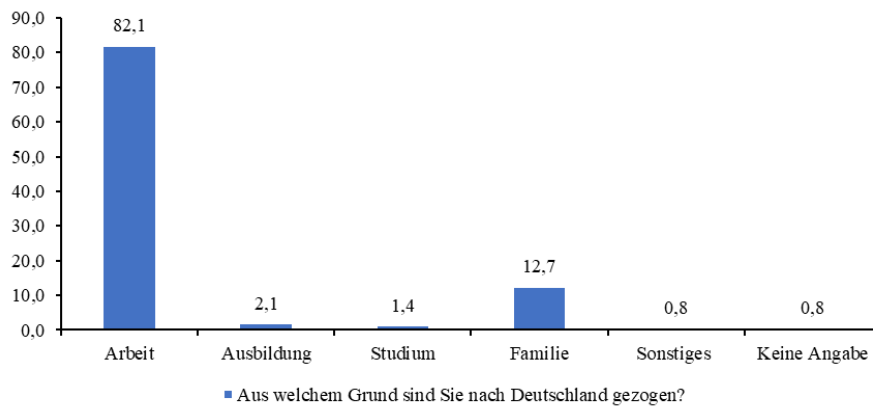
Abbildung 13: Zeitpunkt des Zuzugs nach Deutschland oder in den Kreis GT, in %



Quelle: Eigene Darstellung

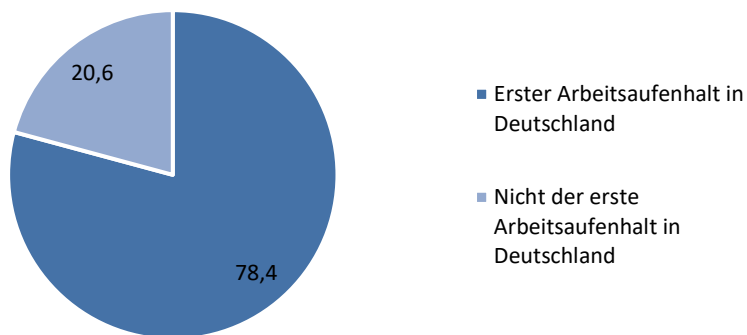
Als Nächstes wurde der Zuzugsgrund abgefragt. Wie in Abbildung 14 abzulesen ist, dominiert die Motivation zur Arbeitsaufnahme, der Familiennachzug als Zuzugsmotiv ist gering ausgeprägt. Das unterstreicht die Struktur der Zuwanderung aus MSOE in den Kreis Gütersloh, welche dominiert ist von den Gegebenheiten der Lebensmittelindustrie sowie weiterer Großbetriebe der Logistik- und Dienstleistungsbranche. Das bedeutet aber auch, dass eine Zusammenarbeit mit den Betrieben einen strategischen Vorteil in der Erreichbarkeit der Zielgruppe beinhaltet. Zudem wurde abgefragt, ob es der erste Arbeitsaufenthalt in Deutschland ist (Abbildung 15). Das ist bei 78,3 Prozent der Befragten der Fall, was auf eine vergleichsweise geringe transnationale Ausprägung der Orte der Erwerbsarbeit hinweist und zugleich als erster Hinweis auf das Potenzial einer längerfristigen Ansässigkeit der Zugewanderten zu werten ist.

Abbildung 14: Angabe zum Zuzugsgrund, in %



Quelle: Eigene Darstellung

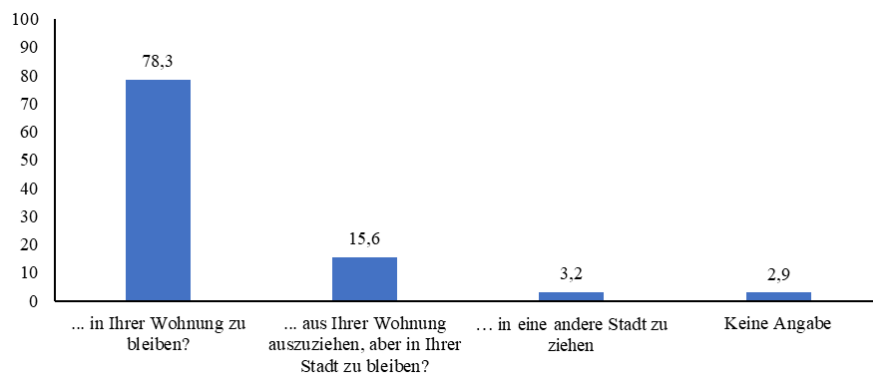
Abbildung 15: Ist das Ihr erster (Arbeits-)Aufenthalt in Deutschland?



Quelle: Eigene Darstellung

Dem anschließend wurde abgefragt, welche Pläne für die nächsten 6 Monate in Bezug auf den Verbleib im Kreis Gütersloh bestehen. Ein Großteil der Befragten plant in der eigenen Wohnung zu bleiben. Allerdings scheinen 15,6 Prozent der Befragten mit der aktuellen Wohnsituation unzufrieden zu sein und befinden sich auf Wohnungssuche. Das ist im deutschlandweiten Vergleich ein hoher Wert. Nur ein sehr geringer Teil möchte die Stadt oder den Kreis dauerhaft verlassen.

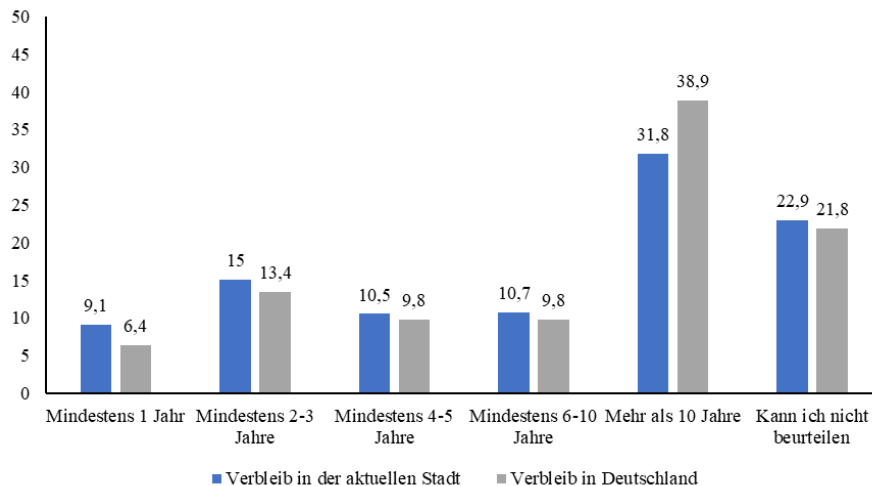
Abbildung 16: Planen Sie in den nächsten 6 Monaten..., in %



Quelle: Eigene Darstellung

Umgekehrt wurde dann auch nach der beabsichtigten Bleibedauer gefragt (Abbildung 17), wobei nach Deutschland und der aktuellen Stadt im Kreis Gütersloh unterschieden wurde. Hier ist eine mindestens mittelfristige Motivation zum Verbleib vorzufinden und ein Großteil der Befragten gibt an, dauerhaft im Kreis Gütersloh leben zu wollen.

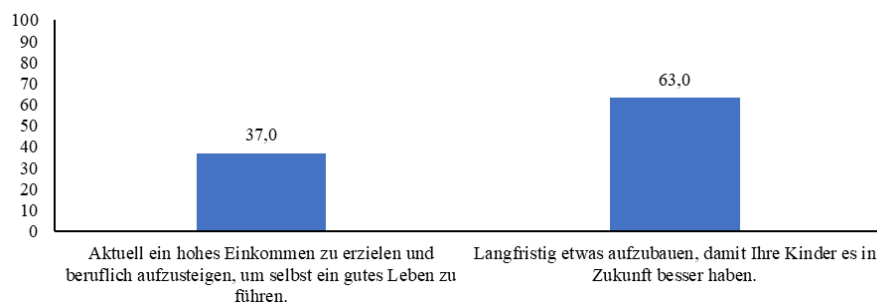
Abbildung 17: Wohnsituation: Beabsichtigte Bleibedauer in Deutschland und dem Kreis Gütersloh, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Dementsprechend wurden auch Zukunftspläne, bzw. Motive abgefragt. Dabei wurden zwei Alternativen formuliert und die Zustimmung zu diesen erfragt. Eine Option bezieht sich eher auf kurzfristige Ziele, die andere auf langfristige Ziele und ein biografisches Projekt. Die Zustimmung zu den langfristigen Bleibeabsichten liegt bei 63 Prozent und ist damit sehr weit verbreitet. Das bestätigt das sich abzeichnende Bild, dass die langfristige Bleibemotivation unter den Befragten weit verbreitet ist.

Abbildung 18: Zukunftspläne, in %



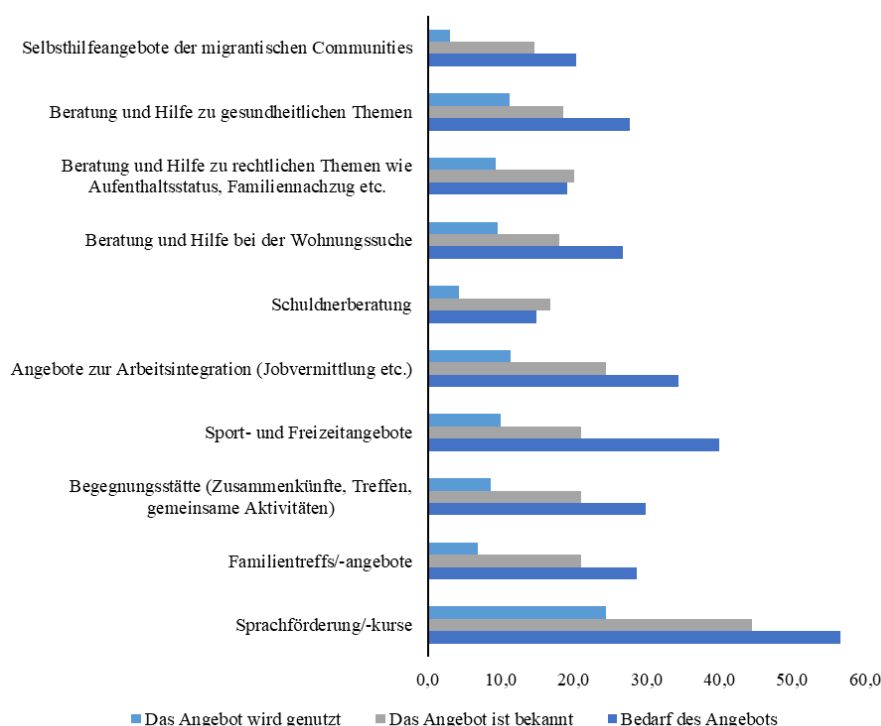
Quelle: Eigene Darstellung

Zusammenfassend zeigt sich bei der Untersuchung der Zuzugsgründe, der Motivation des Aufenthalts und der Bleibeperspektive ein recht eindeutiges Bild. Der Hauptzuzugsgrund in den Kreis Gütersloh von Zugewanderten aus MSOE ist es, eine Arbeit aufzunehmen, Familiennachzug spielt eine untergeordnete Rolle. Dabei besteht ein verbreiteter langfristiger Aufenthaltsplan, obgleich es unterschiedliche Aufenthaltsdauern gibt, welche wiederum für communityinterne peer-Programme genutzt werden können.

4.3. Aussagen zu Angeboten

Die dritte forschungsleitende Frage bezieht sich explizit auf die Annahme von Angeboten. Dafür wurden zehn unterschiedliche Angebotstypen im Vorfeld festgelegt und abgefragt, ob es dafür Bedarf gibt, ein solches Angebot bekannt ist und ob ein solches Angebot genutzt wird. Abbildung 19 zeigt die Verteilung. Bei allen anderen Angebotstypen und vor allem bei Sprachkursen ist der Bedarf hoch, wobei Angebote weniger bekannt sind und deshalb auch weniger genutzt werden. Das bedeutet, dass die Information über die Angebote sowie ihre Zugänglichkeit für die Zielgruppe noch nicht bedarfsdeckend ist.

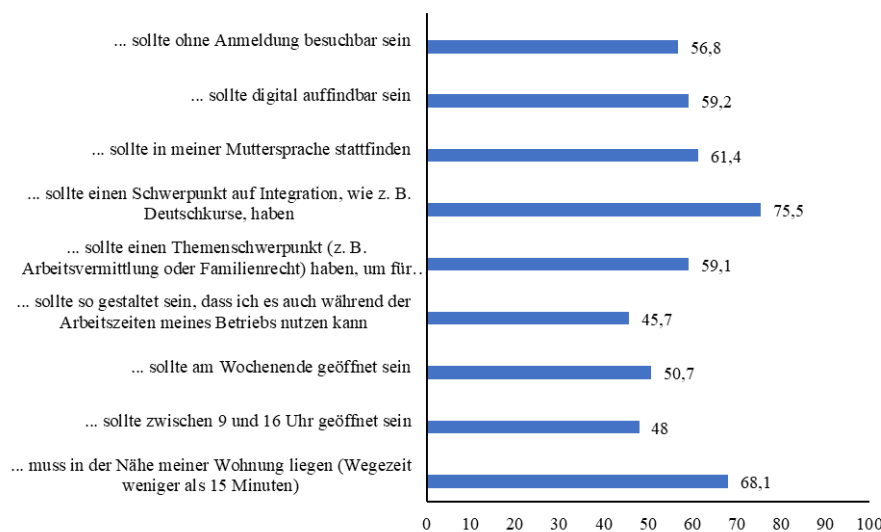
Abbildung 19: Bedarf an, Wissen über und Nutzung von Angeboten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Um nachvollziehen zu können, was die Angebote benötigen, um besser angenommen zu werden, wurden neun strukturelle Eigenschaften abgefragt. Hier ist der Wunsch nach integrationsbezogenen Maßnahmen, vor allem Deutschkursen, ausgeprägt. Der wiederholte Wunsch nach Deutschkursen unterstreicht einerseits den dauerhaften Integrationswillen der Befragten und andererseits ein offenbar noch nicht ausreichend und bedarfsgerecht gestaltetes Angebot zum Spracherwerb im Kreis Gütersloh. Dabei werden die Auffindbarkeit und Zugänglichkeit des Angebots thematisiert. Offensichtlich ist eine wohnortnahe Organisation von Angeboten für die Zielgruppe besonders wichtig, denn zwei Drittel der Befragten gab an, dass sie sich wünschen, dass eine Einrichtung bzw. ein Angebot innerhalb von 15 Minuten vom eigenen Wohnstandort aus erreichbar ist. Aber auch ein niedrigschwelliger Zugang, die digitale Auffindbarkeit und die Öffnung an Randzeiten wurden von über der Hälfte der Befragten als wünschenswert angegeben. Ebenfalls wurden muttersprachliche Angebote präferiert, wobei bei der Bedarfsabfrage Selbsthilfeangebote migrantischer Communities nur zu rund 20 Prozent als Bedarf angegeben wurden. Das verweist darauf, dass es einen erhöhten Bedarf an mehrsprachigen Fachkräften im Kreis Gütersloh gibt.

Abbildung 20: Was würden Sie sich von der Einrichtung oder dem Angebot wünschen? Die Einrichtung/das Angebot..., in %



Quelle: Eigene Darstellung

Ebenfalls wurde abgefragt, was dazu geführt hat, dass bislang ein Angebot nicht in Anspruch genommen wurde. Es sind drei Faktoren: Zeit, Geld und Wissen. Viele der Befragten arbeiten im Schichtdienst, was vor allem eine regelmäßige Nutzung von Angeboten einschränkt. Ebenso sind viele Angebote den Befragten nicht bekannt, was keine Aussage über ihre Qualität oder Ausgestaltung trifft. Allerdings zeigt es, dass in einer fragmentierten Öffentlichkeit (Abbildung 21) mehrere Kommunikationswege genutzt werden müssen.

Abbildung 21: Welche der folgenden Faktoren haben Sie bisher davon abgehalten, Unterstützungsangebote zu nutzen?

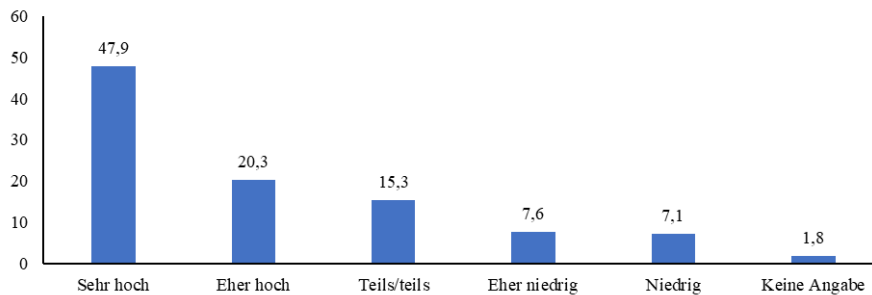


Quelle: Eigene Darstellung

Bereits bei der partizipativen Planung der Befragung wurde aus der Perspektive lokaler Expert/-innen der Schwerpunkt Deutschkurse für die Befragung erarbeitet. Es ist nach Bedarfsabfrage auch das am meisten gewünschte Angebot und ist zugleich die Basisarbeit für nachhaltige und gelingende Integration. Daher wurde eine Schwerpunkterhebung in Bezug auf den Spracherwerb durchgeführt. Die abgefragte Motivation der Befragten zum Spracherwerb ist insgesamt hoch, was den nachhaltigen Integrationswillen unterstreicht (Abbildung 22). Ebenso wurde nach bereits vorhandenen Sprachkompetenzen gefragt und 18,7 Prozent der Befragten geben an, fließend deutsch zu sprechen (Abbildung 23). Eher verbreitet sind rudimentäre

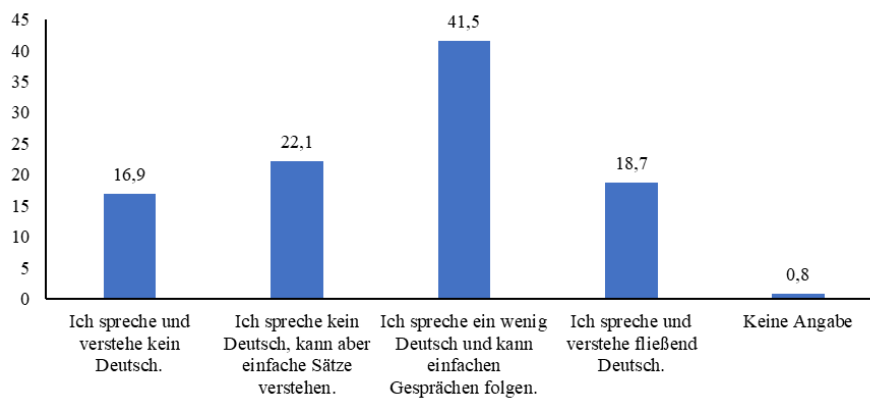
Sprachkenntnisse. Das weist darauf hin, dass auch tatsächlich eine hohe verbreitete Notwendigkeit des Spracherwerbs besteht, sodass eine nachhaltige Integration gelingen kann.

Abbildung 22: Wie hoch ist Ihr Interesse, die deutsche Sprache zu lernen?, in %



Quelle: Eigene Darstellung

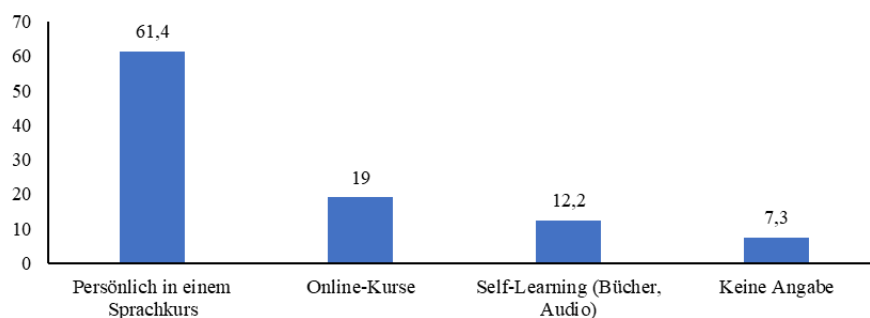
Abbildung 23: Falls Sie die deutsche Sprache nur begrenzt oder gar nicht beherrschen: Wie würden Sie Ihre aktuellen Deutschkenntnisse einschätzen?



Quelle: Eigene Darstellung

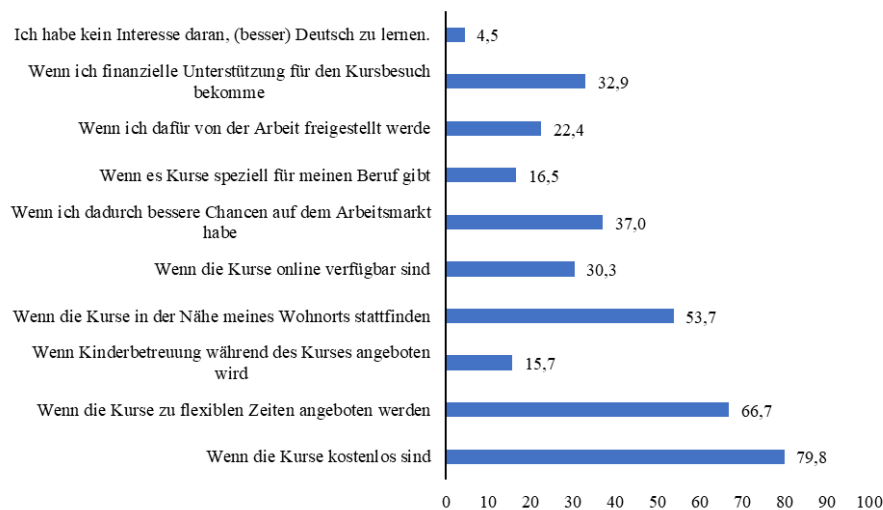
Ebenfalls wurde in zwei Fragen abgefragt, wie Sprachkurse gestaltet sein müssten, um sie auch anzunehmen. Beim bevorzugten Format (Abbildung 24) dominieren persönliche bzw. Formate in Präsenz. Bei den abgefragten Bedingungen für die Teilnahme an einem Sprachkurs (Abbildung 25) ist es besonders wichtig, dass dieser kostenfrei und zeitlich flexibel ist. Ebenso spielt die wohnstandortbezogene Erreichbarkeit eine besondere Rolle. Das heißt, dass Sprachkurse alltagsnah organisiert werden müssen, um angenommen zu werden. Da die Befragten zumeist in sehr unflexiblen zeitlichen Regimen arbeiten, bedarf es einer Orientierung an diesen Gegebenheiten.

Abbildung 24: Bevorzugtes Format eines Sprachkurses, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 25: Bedingungen, um eine Teilnahme zu ermöglichen, Mehrfachnennungen möglich, in %



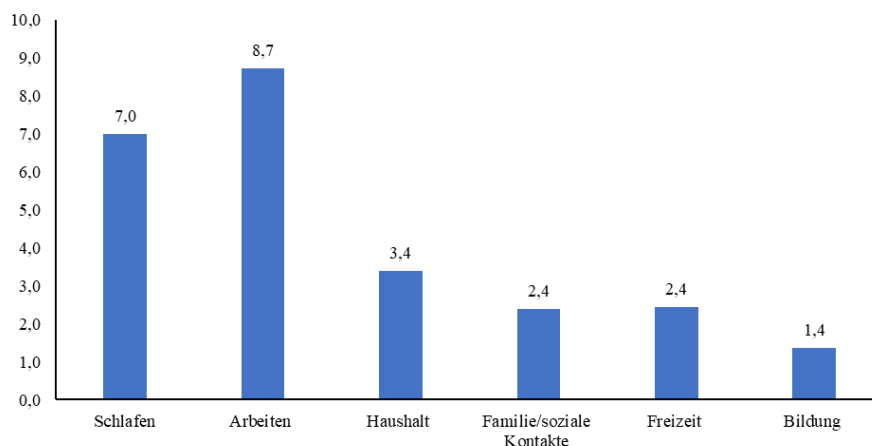
Quelle: Eigene Darstellung

Alles in allem zeigt die deskriptive Untersuchung der Inanspruchnahme von Angeboten, dass es einen hohen Bedarf gibt, der mit dem vorhandenen Angebot aber offenbar noch nicht ausreichend adressiert wird. Es besteht eine hohe Nachfrage an Sprachkursen, wodurch eine nachhaltige Integration ermöglicht wird. Um allerdings solche Angebote auch im Rahmen der Lebens- und Arbeitsumstände annehmen zu können, braucht es eine Orientierung an der Alltagswelt der Zielgruppe, was eine zeitliche Flexibilität und Wohnstandortnähe bedeutet. Das sind bereits deutliche Leitplanken für die Weiterentwicklung der zielgruppenbezogenen Ausrichtung der lokalen Angebotslandschaft im Kreis Gütersloh.

4.4. Freizeitgestaltung der Befragten

Um die Zeitressourcen der Befragten als besonders kritischen Aspekt besser einordnen zu können, wurde auch die Zeitverwendung an einem gewöhnlichen Tag abgefragt (Abbildung 26). Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte mit teils erheblicher Streuung, weswegen hier auch keine 24 Stunden erreicht werden. Es wurde der Durchschnittswert für jede Kategorie ermittelt. Für die Planung von Angeboten sind vor allem die Kategorien Freizeit und Bildung wichtig. Hierfür stehen in der Addition der Durchschnitte etwa 3,8 Stunden pro Tag zur Verfügung. Das bedeutet nicht, dass die Zeit am Stück zur Verfügung steht. Dennoch sind limitierte zeitliche Ressourcen im Durchschnitt verfügbar, was z.B. in Sprachlernangebote investiert werden könnte.

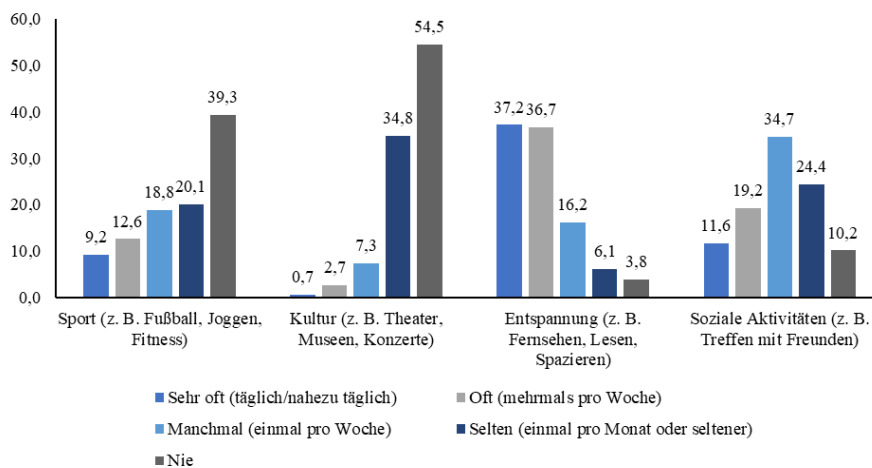
Abbildung 26: Wie teilen Sie sich an einem normalen Tag Ihre Zeit ein? (Stundenangabe, arithmetisches Mittel der jeweiligen Kategorie, Gesamtwert über 24 Stunden möglich)



Quelle: Eigene Darstellung

Um die Freizeiteinteilung der Befragten noch besser zu verstehen, wurde nach der Häufigkeit unterschiedlicher Aktivitäten gefragt, nicht um sie zu ändern, sondern um einen besseren lebensweltlichen Blick zu bekommen (Abbildung 27). Dabei dominieren eher häusliche und soziale Aktivitäten. Die Einbindung z.B. in den Vereinssport oder auch die kulturelle Teilhabe wird von den Befragten weniger präferiert als Entspannung und soziale Aktivitäten. Das bedeutet, dass eine Ansprache über Organisationen und Vereine weniger tragfähig ist als über Peers. Das ist vor allem für die Kommunikation von Angeboten von besonderer Bedeutung.

Abbildung 27: Wie häufig gehen Sie folgenden Freizeitaktivitäten nach?



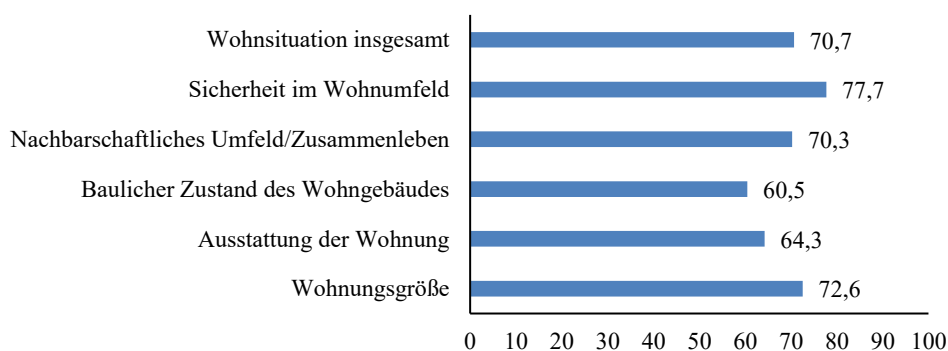
Quelle: Eigene Darstellung

Die deskriptive Auswertung der Freizeitgestaltung der Zielgruppe zeigt, dass einerseits limitierte zeitliche Ressourcen zwar vorhanden sind, um Angebote anzunehmen, die Befragten aber kaum institutionell erreicht werden. Das wiederum bedeutet kurzfristig für die Ansprache, dass auf die informellen Netzwerke und auch auf digitale Informationen gesetzt werden sollte. Zudem weist es auf die Notwendigkeit der Selbstorganisation einerseits und der Förderung der Teilhabe an bereits vorhandenen Einrichtungen andererseits hin.

4.5. Wohnverhältnisse der Befragten

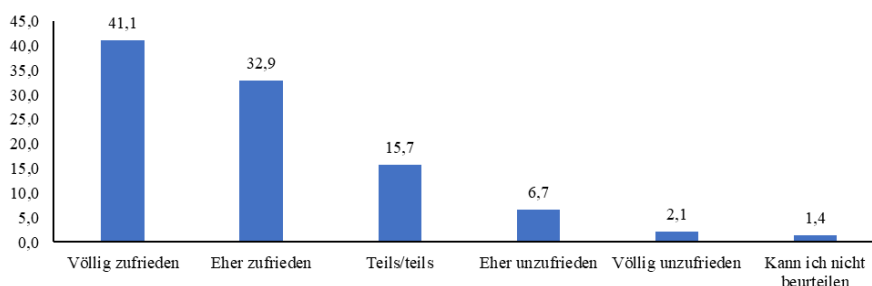
Während der Covid-19 Pandemie wurde in den Medien über schlechte Wohnverhältnisse von Zugewanderten aus MSOE im Kreis Gütersloh berichtet, welche bundesweit für Aufsehen gesorgt haben. Die Debatte um das Thema Wohnraumsicherung, insbesondere im Zusammenhang mit Zuwanderung und Integration, ist bundes- und landesweit aktueller denn je. Vor diesem Hintergrund wurde die Frage nach den Wohnverhältnissen der MSOE-Zugewanderten im Kreis Gütersloh mit aufgenommen, was zum einen Einblick in die Alltagswelt der Befragten zulässt und andererseits in die langfristige Sozialplanung des Kreises einzahlt. Abgefragt wurde eine subjektiv empfundene Zufriedenheit mit der Wohnsituation (Abbildung 28). Auf den ersten Blick scheint die Zufriedenheit mit der Wohnsituation vorzuherrschen, ein differenzierter Blick offenbart aber durchaus Hinweise auf Probleme. Denn etwa 40 Prozent der Befragten sind mit dem baulichen Zustand der Wohnung nicht zufrieden, rund ein Drittel mit der Wohnsituation insgesamt sowie mit der Wohnungsgröße. Das heißt, dass eine subjektiv wahrgenommene unzureichende Wohnsituationen durchaus verbreitet ist. Abgefragt wurde daneben zudem die Zufriedenheit mit der Wohnlage (Abbildung 29), die als überwiegend positiv gewertet wird.

Abbildung 28: Zufrieden mit der Wohnsituation im Einzelnen, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 29: Wohnlage (Entfernung zur Arbeit/Schule/Arzt...), in %



Quelle: Eigene Darstellung

Insgesamt zeigt sich also, dass die Wohnsituation komplex und teils belastet ist, was aber auch mit der Wohnkrise, also der strukturell unzureichenden Wohnraumversorgung, insgesamt zusammenhängt (Heinze/Kurtenbach 2026). Für ausreichend bezahlbaren Wohnraum in angemessener Qualität zu sorgen, ist eine der drängendsten politischen Herausforderungen überhaupt zurzeit. Das hat auch Auswirkungen auf die

Lebensqualität von Zugewanderten aus MSOE im Kreis Gütersloh, welches einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Integrationsmotivation hat.

4.6. Integrierte Diskussion der deskriptiven Auswertung

Die deskriptive Analyse zeigt bereits ein recht eindrückliches Bild der Gruppe der Zugewanderten aus MSOE im Kreis Gütersloh, mitsamt einiger Besonderheiten im Vergleich zur Zuwanderung in die urbanen Zentren NRWs. Die Migration ist geprägt von der spezifischen Struktur der Arbeitgeber aus Großbetrieben der Lebensmittelindustrie sowie Logistik und Dienstleistung im Kreis Gütersloh, was sowohl positiv mit der Einkommenssituation zusammenhängt als auch strukturell mit den Zeitressourcen der Zugewanderten, vor allem durch das verbreitete Schichtsystem. Zugleich scheint die Rekrutierung von Arbeitskräften ein Stück weit entkoppelt vom Bildungsabschluss zu sein und ist ökonomisch getrieben. Dabei handelt es sich um eine direkte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, teilweise mit dem Zuzug ganzer Familien. Remittances, also v.a. regelmäßige Überweisungen ins Herkunftsland, wiederum sind nur gering verbreitet.

Hervorzuheben ist auch die verbreitete Motivation zur nachhaltigen Integration der Befragten aus MSOE im Kreis Gütersloh. Dazu gehört die deutlich geäußerte Nachfrage nach Sprachkursen, dem biografischen Projekt einer langfristigen und generationenübergreifenden Investition in den Aufenthalt im Kreis Gütersloh und langfristigen Bleibeabsicht am Ort. Allerdings ist die Angebotsstruktur nicht deckungsgleich mit den geäußerten Bedarfen. Es werden vor allem Angebote zur Förderung beruflicher Integration und Teilhabe gewünscht, die aber zugleich die strukturellen Gegebenheiten der Gruppe, wie das verbreitete Schichtsystem, berücksichtigen sollten. Das ist eine deutliche Herausforderung für die Planung kommunaler Integrations- und Sozialpolitik.

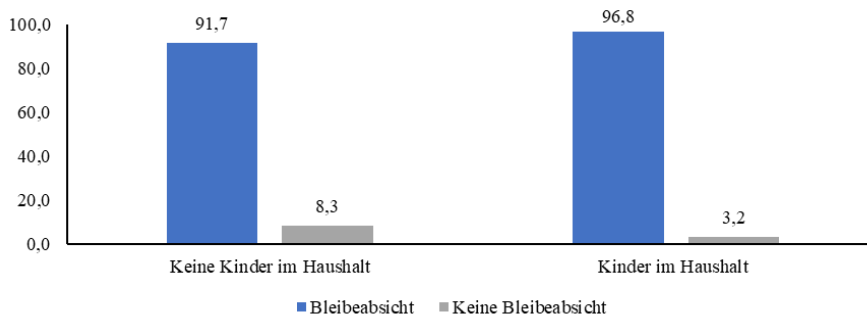
5. Multivariate Befunde

Die multivariaten Analysen werden in drei Teilen durchgeführt. Der erste Teil besteht aus der Untersuchung von Zusammenhängen. Die Grundlage bilden zehn Hypothesen, welche in zwei Workshops mit Expert/-innen aus dem Kreis Gütersloh entwickelt wurden, die zugleich die Grundlage für die Fragebogenentwicklung darstellten. Im zweiten Teil wird eine Potenzialgruppenanalyse vorgestellt, basierend auf einer Clusteranalyse. Ziel ist es, die Annahme von Angeboten besser zu verstehen und zu kontrollieren, ob es zu identifizierende Typen von Nutzer/-innen gibt. Dieses Interesse wird auch im dritten Teil verfolgt, bei dem Einflüsse sowohl auf die Bleibemotivation als auch auf die Angebotsannahme mittels linearer Regressionen untersucht werden.

5.1. Zusammenhangsanalysen

Eine Hypothese geht davon aus, dass wenn Menschen mit Kindern im Haushalt leben, sie auch eine längerfristige Bleibemotivation haben. Dahinter steht die Annahme, dass wenn ein biografisches Migrationsprojekt gemeinsam mit Kindern angelegt wird, dieses einer langfristigen Perspektive folgt. Abbildung 30 zeigt die Verteilung und dass die Unterschiede in Bezug zur Bleibeabsicht und Kindern im Haushalt nur gering sind. Ein t-Test bestätigt, dass die Unterschiede signifikant sind, aber der Unterschied ist auf einem geringen Niveau.

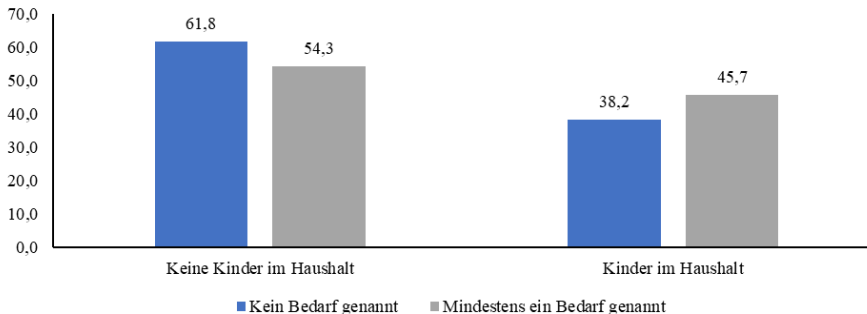
Abbildung 30: Bleibeabsicht und Kinder im Haushalt, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Weiterhin wird angenommen, dass der Familiennachzug bzw. das Zusammenleben mit Kindern im Haushalt in einem positiven Zusammenhang mit der Annahme von Angeboten steht. Abbildung 31 zeigt den Zusammenhang zwischen denjenigen, die mit Kindern im Haushalt zusammenleben bzw. dies nicht tun und der Annahme von Angeboten. Wie vermutet, nehmen diejenigen, die mit Kindern im Haushalt zusammenleben, Angebote vor Ort eher wahr als diejenigen, die nicht mit Kindern in einem Haushalt leben. Der Zusammenhang ist signifikant und zeigt, dass die Teilhabeförderung von Kindern auch die Teilhabe der Familien fördert. Zudem weisen Angebote ggf. einen Substitutionseffekt auf, z. B. wenn die Wohnverhältnisse beengt sind. Wenn Angebote also auch zum Verweilen von Familien einladen, dann dürften sie auch eher angenommen werden. Zudem sind Familien einfacher ansprechbar als einzelne Erwachsene.

Abbildung 31: Kinder im Haushalt & Annahme von Angeboten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

In der weiteren Analyse geht es um die Zeitressourcen. Hier wird ein Zusammenhang zwischen den Zeitressourcen und den Möglichkeiten, Angebote zu nutzen, vermutet. Zur Kontrolle der Zusammenhänge wurde eine Korrelationsanalyse gerechnet (Abbildung 32), welche Pearsons R berichtet. Dieser Korrelationskoeffizient kann zwischen -1 und +1 variieren und zeigt einen möglichen Zusammenhang zwischen zwei Items an. Insgesamt weist die Korrelation zwischen der Zeitverwendung und den Merkmalen zur Annahme von Angeboten nur geringe Zusammenhänge auf. Diejenigen, die mehr Zeit mit sozialen Kontakten verbringen, wünschen sich Angebote am Wochenende sowie einen Themenschwerpunkt des Angebots. Das ist bei denjenigen, die viel Zeit mit Arbeit verbringen, wiederum nicht der Fall. Bei denjenigen die ohnehin viel Zeit in Bildung investieren, zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang mit der Präferenz herkunftssprachlicher Angebote sowie ihrer digitalen Auffindbarkeit.

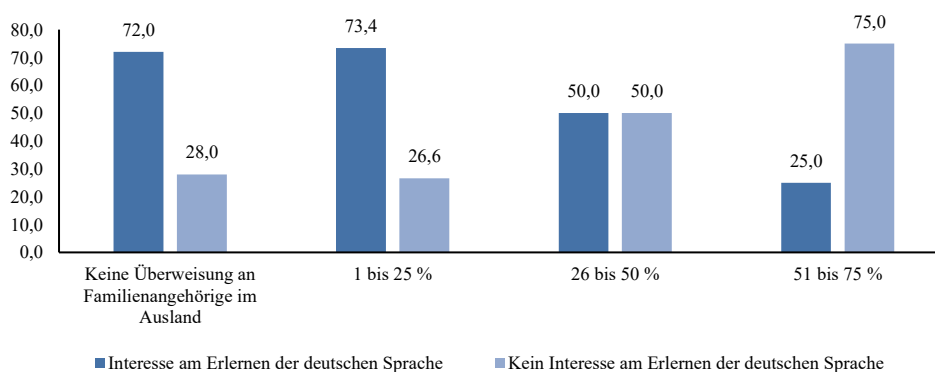
Abbildung 32: Korrelationsanalyse zu Zeitressourcen und Angebotsannahme

	Arbeiten (Zeit in Stunden):	Haushalt (Zeit in Stunden):	Familie/soziale Kontakte (Zeit in Stunden):	Freizeit (Zeit in Stunden):	Bildung (Zeit in Stunden):
... muss in der Nähe meiner Wohnung liegen (Wegezeit weniger als 15 Minuten)	-0,053	-0,073	0,014	0,018	0,108
... sollte zwischen 9 und 16 Uhr geöffnet sein	0,057	-0,129**	-0,068	0,003	0,082
... sollte am Wochenende geöffnet sein	-0,186**	0,102*	,087*	-0,049	0,096
... sollte so gestaltet sein, dass ich es auch während der Arbeitszeiten meines Betriebs nutzen kann	-0,092*	0,055	0,094*	0,047	0,038
... sollte einen Themenschwerpunkt (z. B. Arbeitsvermittlung oder Familienrecht) haben, um für mich interessant zu sein	-0,041	-0,022	0,097*	0,047	0,120*
... sollte einen Schwerpunkt auf Integration, wie z. B. Deutschkurse, haben	-0,022	-0,025	0,150**	-0,011	0,008
... sollte in meiner Muttersprache stattfinden	-0,094*	-0,033	-0,016	-0,045	0,175**
... sollte digital auffindbar sein	0,004	0,005	0,059	0,061	0,166**
... sollte ohne Anmeldung besuchbar sein	-0,099*	-0,013	-0,041	-0,027	0,038

Quelle: Eigene Darstellung

Als Nächstes wird der Zusammenhang des Anteils von Geldüberweisungen am eigenen Einkommen an Familienangehörige im Ausland mit der Motivation des Erlernens der deutschen Sprache untersucht (Abbildung 33). Dahinter steht die Annahme von Integrationsbemühungen, wenn die erarbeiteten Mittel auch am Wohnort und nicht am Herkunftsort genutzt werden. Tatsächlich zeigt sich ein negativer Zusammenhang. Das heißt, dass je höher der Anteil vom Einkommen ist, der an Angehörige im Ausland versendet wird, desto geringer ist das Interesse Deutsch zu lernen. Insgesamt ist der Anteil der Befragten, welche regelmäßig Geld an Familienangehörige ins Ausland überweisen, gering.

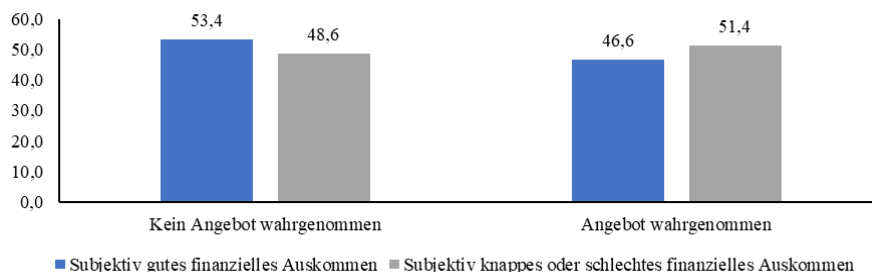
Abbildung 33: Remittance und Interesse am Erlernen der deutschen Sprache, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Ebenfalls stellten die Fachkräfte aus dem Kreis Gütersloh die zu überprüfende Hypothese auf, dass wenn mit den vorhandenen finanziellen Mitteln ein Auskommen kaum möglich ist, dann werden auch keine Angebote wahrgenommen. Abbildung 34 zeigt, dass dies andersherum der Fall ist. Wenn das Auskommen in der subjektiven Wahrnehmung nicht reicht, dann werden Angebote eher wahrgenommen, was ihren Substitutionseffekt unterstreicht.

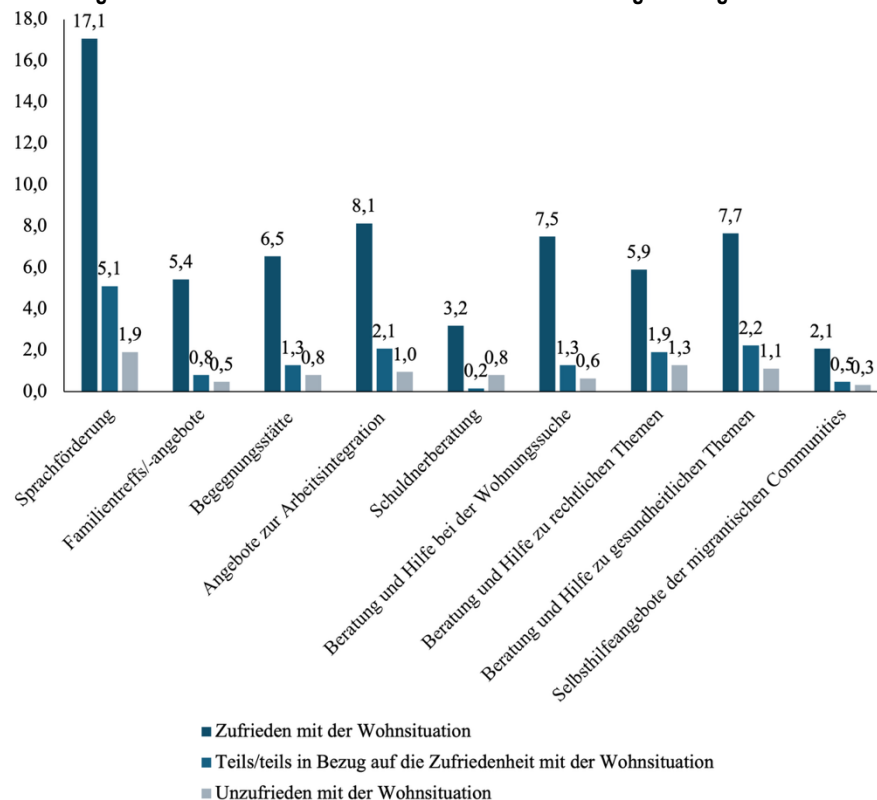
Abbildung 34: Subjektives Auskommen & Annahme von Angeboten, in %



Quelle: Eigene Darstellung

Zudem wurde untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der Wohnsituation und der Inanspruchnahme von Angeboten gibt. Abbildung 35 zeigt, dass diejenigen, die ein Angebot auch genutzt haben, auch mit der Wohnsituation wesentlich zufriedener sind. Das wiederum belegt, dass Wohnen eine wesentliche Voraussetzung von Teilhabe ist und die Wohnkrise diese erschwert.

Abbildung 35: Zufriedenheit mit der Wohnsituation und die Nutzung von Angeboten



Quelle: Eigene Darstellung

Die Zusammenhangsanalysen zeigen, dass vor allem Familien mit Kindern im Haushalt Angebote annehmen und eine längerfristige Bleibeabsicht äußern. Mit der schulischen Integration der Kinder werden diese Familien auch eher ansprechbar und für

Angebote, beispielsweise zum Spracherwerb, zugänglich. Solche Angebote sollten jedoch auch an Randzeiten, wie dem Wochenende, stattfinden und möglichst niedrigschwellig angeboten werden. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Annahme von Angeboten mit einem Substitutionsbefund einhergeht. Diejenigen nahmen eher Angebote an, die in ihrer subjektiven Wahrnehmung nicht ausreichend mit ihrem Einkommen gedeckt werden konnten. Eine belastende Wohnsituation führt dazu, dass Angebote weniger wahrgenommen werden.

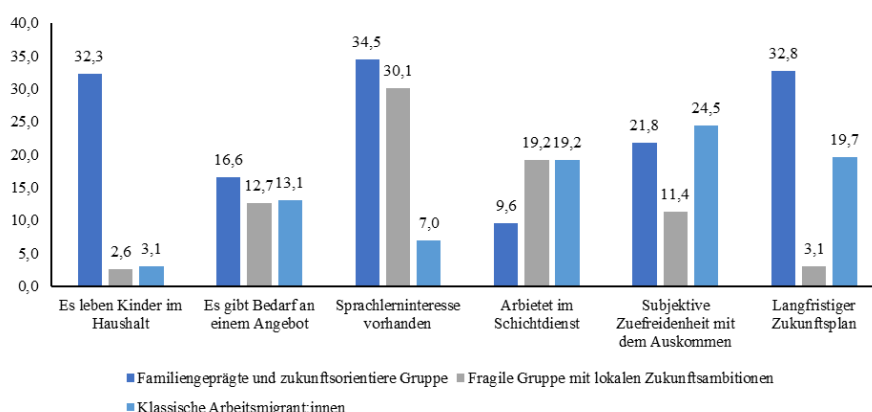
5.2. Potenzialgruppenanalysen

Als Zweites, nach der Zusammenhangsanalyse, wurde eine Potenzialgruppenanalyse vorgenommen, um herauszuarbeiten, ob es unterschiedliche (statistische) Typen von Zugewanderten hinsichtlich ihrer Lebenssituation und Zukunftspläne gibt. Das Ergebnis wird genutzt, um zu kontrollieren, wie die unterschiedlichen Typen Angebote im Kreis Gütersloh wahrnehmen. Ausgewählt wurden folgende Merkmale:

- Kinder im Haushalt
- Bedarf nach einem Angebot
- Sprachlerninteresse
- Im Schichtdienst tätig
- Subjektive Zufriedenheit mit dem Auskommen
- Langfristiger Zukunftsplan

Die Indikatoren wurden binär umcodiert (0/1) und mit diesen dann eine Clusteranalyse gerechnet. Dazu wurde in einem ersten Schritt zur Bestimmung der optimalen Clusterzahl eine hierarchische Analyse (Ward-Methode) vorgenommen. Das Elbow-Kriterium verwies auf drei Cluster als optimale Lösung. Mit einer Clusterzentrenanalyse, welche eine bessere Zuordnung der Fälle zu den Clustern erlaubt, wurde die Typisierung abgeschlossen.

Abbildung 36: Potenzialgruppenanalyse



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 36 zeigt die Verteilung der Typen zu den genutzten Items. Die Potenzialgruppe „**Familiengeprägte und zukunftsorientierte Gruppe**“, der 40,6 Prozent der Befragten angehören, zeichnet sich durch eine familienorientierte Alltagsgestaltung mit langfristiger Bleibeabsicht aus, die zudem Bedarf an Angeboten hat, wobei die Arbeit im Schichtdienst weniger verbreitet ist. Bereits 20,5 Prozent derjenigen, die der

Potenzialgruppe „Familiengeprägte und zukunftsorientierte Gruppe“ zugeordnet wurden, haben auch bereits ein Angebot in Anspruch genommen, was den höchsten Wert darstellt.

Die Potenzialgruppe „**Fragile Gruppe mit lokalen Zukunftsambitionen**“, die 34,1 Prozent der Befragten ausmacht, ist durch hohe Arbeitsbelastung und geringe Einkommenszufriedenheit gekennzeichnet. Angehörige dieser Gruppe leben selten mit Kindern zusammen und haben keine langfristigen Zukunftspläne oder feste Bleibeabsichten. Sie zeigen jedoch Interesse an einer nachhaltigen Arbeitsmarktintegration. Dies zeigt sich sowohl in ihrem erhöhten Interesse am Erlernen der deutschen Sprache als auch in ihrer Unzufriedenheit mit dem Einkommen. Es ist davon auszugehen, dass bessere Jobaussichten diese Potenzialgruppe dazu bewegen könnten, langfristig im Kreis Gütersloh zu bleiben.

Die Potenzialgruppe „**Klassische Arbeitsmigrant/-innen**“, die 24,3 Prozent der Befragten aus MSOE im Kreis Gütersloh ausmacht, ist eher communityorientiert und zeigt eher zurückhaltende Pläne, am Ort zu bleiben. Sie sind typischerweise Arbeitsmigrant/-innen, deren Zukunftspläne wahrscheinlich eher auf ihr Herkunftsland gerichtet sind. Schichtdienst ist weit verbreitet und es besteht eine erhöhte subjektive Zufriedenheit mit dem Einkommen. Bemerkenswert ist, dass nur 10 Prozent der Personen in dieser Gruppe bislang ein Angebot wahrgenommen haben.

Abbildung 37: Potenzialgruppen

	Einkommen unter 1500€ (%)	Männer (%)	Medianalter	Pendelzeit weniger als 30 Minuten (%)
Familiengeprägte und zukunftsorientierte Gruppe	9,7	44,1	37,5	52,7
Fragile Gruppe mit lokalen Zukunftsambitionen	23,1	60,3	39,0	42,3
Klassische Arbeitsmigrant:innen	10,3	56,9	31,0	65,5

Quelle: Eigene Darstellung

Die Ergebnisse der Potenzialgruppenanalyse verweisen darauf, dass die Gruppe der Zugewanderten aus MSOE im Kreis Gütersloh sehr differenziert zu betrachten ist und auch unterschiedliche Wege der Ansprache gesucht werden sollten. Diese reichen von Angeboten in Quartiersbüros und Schulen bis hin zu Kooperationen mit Betrieben. Zugleich zeigen die Ergebnisse aber auch, dass die Lebenssituation, wie Kinder im Haushalt oder eine dezidiert transnationale Phase, die Inanspruchnahme von Angeboten bestimmen.

5.3. Regressionsanalysen

Sowohl die deskriptiven Auswertungen als auch die Potenzialgruppenanalyse haben die Verteilung von Merkmalen untersucht und dabei zentrale Ergebnisse erbracht. Als dritter Schritt werden noch Einflüsse auf zwei zentrale Merkmale untersucht, wofür lineare Regressionsmodelle gerechnet werden. Erklärt werden sollen Einflüsse auf die Bleibeabsicht sowie auf die Motivation Angebote anzunehmen. Für beide Merkmale wurden jeweils zwei Modelle gerechnet, mit und ohne Kontrolle demografischer Merkmale.

Die abhängigen Variablen Bleibeabsicht sowie die Motivation der Angebotsnutzung wurden jeweils mit einer explorativen Faktorenanalyse abgebildet (oblimin Rotation,

Kaiser-Kriterium). Abbildung 37 zeigt die Faktorenlösungen. Jeweils ergaben die eingeflossenen Items einen Faktor. Die Reliabilität der Messung ist dabei gut. Beide Faktoren werden im Folgenden für die Regressionsanalysen genutzt. Als unabhängige, also erklärende Variablen, wurden die Indikatoren „Ist das Ihr erster (Arbeits-)Aufenthalt in Deutschland?“, „Kinder im Haushalt“, „Nutzung sozialer Angebote (Häufigkeit)“, „Arbeiten Sie derzeit in einem Schichtsystem (z. B. Früh-, Spät- oder Nachtschicht)?“, „Wie würden Sie Ihre derzeitige finanzielle Situation einschätzen?“ und „Ich habe kein Interesse daran, (besser) Deutsch zu lernen.“ genutzt. Als Kontrollvariablen wurden die Merkmale Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss und Staatsangehörigkeit einbezogen.

Abbildung 38: Faktorenanalysen

	Faktor: Bleibeabsicht (Cronbachs $\alpha = 0,7$)		Faktor: Motivation der Angebotsnutzung (Cronbachs $\alpha = 0,8$)
Verbleib in der aktuellen Stadt	0,94	... muss in der Nähe meiner Wohnung liegen (Wegezeit weniger als 15 Minuten)	0,57
Verbleib in Deutschland	0,94	... sollte zwischen 9 und 16 Uhr geöffnet sein	0,64
Planen Sie in den nächsten 6 Monaten einen Zuzug von Angehörigen in Ihren Haushalt?	0,14	... sollte am Wochenende geöffnet sein	0,57
		... sollte so gestaltet sein, dass ich es auch während der Arbeitszeiten meines Betriebs nutzen kann	0,60
		... sollte einen Themenschwerpunkt (z. B. Arbeitsvermittlung oder Familienrecht) haben, um für mich interessant zu sein	0,68
		... sollte einen Schwerpunkt auf Integration, wie z. B. Deutschkurse, haben	0,61
		... sollte in meiner Muttersprache stattfinden	0,59
		... sollte digital auffindbar sein	0,62
		... sollte ohne Anmeldung besuchbar sein	0,66
Erklärte Varianz	60,0 %		38,0 %

Quelle: Eigene Darstellung

Als Erstes wurden zwei Modelle zur Erklärung der Bleibemotivation gerechnet (Abbildung 38). In beiden Modellen, also mit und ohne Kontrolle der demografischen Merkmale, gibt es nur einen signifikanten Einfluss und der ist, dass Kinder im Haushalt leben. Die Aussagekraft der Modelle liegt im unteren zu erwartenden Bereich bei 5,1 Prozent (Modell 1) bzw. 7,6 Prozent (Modell 2). Kern ist hier, dass Kinder im Haushalt die Bleibemotivation deutlich erhöhen.

Abbildung 39: Regressionsanalysen zur Bleibemotivation

	Modell 1	Modell 2
Ist das Ihr erster (Arbeits-)Aufenthalt in Deutschland?	0,01	-0,01
Kinder im Haushalt	0,38**	0,42**
Nutzung sozialer Angebote (Häufigkeit)	-0,017	0,00
Arbeiten Sie derzeit in einem Schichtsystem (z. B. Früh-, Spät- oder Nachtschicht)?	-0,09	-0,02
Wie würden Sie Ihre derzeitige finanzielle Situation einschätzen?	0,09	,03
Ich habe kein Interesse daran, (besser) Deutsch zu lernen.	-0,13	0,28
Geschlecht		-0,10
Alter		0,01
Bildungsabschluss		0,02
Rumänische Staatsangehörigkeit		-0,05
Bulgarische Staatsangehörigkeit		-0,08
Polnische Staatsangehörigkeit		0,17
Nordmazedonische Staatsangehörigkeit		0,31
R ²	0,051	0,076

Quelle: Eigene Darstellung

Zudem wurde untersucht, was die Annahme von Angeboten beeinflusst. Dafür wurde auch die Bleibeabsicht untersucht, welche zuvor als abhängige Variable genutzt wurde. Modell 1 zeigt, dass diese auch als einziges Merkmal signifikant ist. Das ist auch im Modell 2 der Fall, wobei hier, aber aller Wahrscheinlichkeit nach als Artefakt, auch Kinder im Haushalt knapp signifikant sind, jedoch als negativer Einfluss. Das ist im Kontext dieses Modells aber nicht überzuinterpretieren. Auch die Modelle sind eher im unteren Erwartungsbereich der varianzaufklärenden Leistung mit 3,8 Prozent (Modell 1), bzw. 7,0 Prozent (Modell 2). Der Hauptbefund zur Annahme von Angeboten hier ist, dass dieser mit einer vorhandenen Bleibeabsicht einhergeht.

Abbildung 40: Regressionsanalysen zur Angebotsannahme

	Modell 1	Modell 2
Ist das Ihr erster (Arbeits-)Aufenthalt in Deutschland?	0,19	0,16
Kinder im Haushalt	-0,16	-0,23*
Faktor: Bleibeabsicht	0,15*	0,11*
Arbeiten Sie derzeit in einem Schichtsystem (z. B. Früh-, Spät- oder Nachtschicht)?	-0,13	-0,14
Wie würden Sie Ihre derzeitige finanzielle Situation einschätzen?	-,045	-0,08
Ich habe kein Interesse daran, (besser) Deutsch zu lernen.	-,013	0,29
Geschlecht		-0,10
Alter		0,01
Bildungsabschluss		0,01
Rumänische Staatsangehörigkeit		-0,15
Bulgarische Staatsangehörigkeit		0,24
Polnische Staatsangehörigkeit		0,14
Nordmazedonische Staatsangehörigkeit		-0,02
R ²	0,038	0,070

Quelle: Eigene Darstellung

Die Regressionsanalysen weisen darauf hin, dass sowohl die Entwicklung einer Bleibeabsicht als auch die Annahme von Angeboten komplex und eng mit

Zukunftserwartungen verbunden sind. Das betrifft vor allem die Zukunft der eigenen Kinder und unterstreicht, dass Migration ein biografisches Projekt ist, das ganze Familiensysteme umfasst. Bemerkenswert ist, dass es unter den Befragten eher Lebenslageneffekte sind, also ob Kinder im Haushalt leben, als demografische Einflüsse. Beispielsweise war der Bildungsabschluss in keinem der Modelle signifikant. Das weist darauf hin, dass die Zielgruppe im Kreis Gütersloh mit grundlegenden Herausforderungen (Geld, Zeit und Wissen über die Angebote) konfrontiert ist, an denen eine nachhaltige Integrationsförderung ansetzen sollte.

5.4. Zusammenfassung der Befragungsergebnisse

Die Auswertung der Umfragedaten hat zugleich die zehn Hypothesen getestet, welche die Untersuchung strukturierten. Abbildung 41 fasst die Ergebnisse zusammen.

Abbildung 41: Ergebnis des Tests der Hypothesen

Hypothese	Ergebnis
H ₁ : Wenn die Menschen mit Kindern kommen, dann wollen sie bleiben.	Bestätigt
H ₂ : Je niedrigschwelliger ein Angebot ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es angenommen wird.	Bestätigt
H ₃ : Je spezifischer das Angebot, desto höher das Nutzungsverhalten.	Nicht bestätigt
H ₄ : Wenn Familiennachzug geplant oder erfolgt ist, ist das Interesse an der Annahme von Angeboten erhöht.	Bestätigt
H ₅ : Je höher der Anteil des Einkommens ist, der in die Heimat gesendet wird, desto geringer ist das Interesse an integrationsbezogenen Angeboten.	Bestätigt
H ₆ : Wenn kein Geld vorhanden ist, werden auch keine Angebote wahrgenommen.	Nicht bestätigt
H ₇ : Je langfristiger ein Aufenthalt in der Kommune geplant ist, desto höher fällt der Wunsch nach Sprachförderung aus.	Bestätigt
H ₈ : Wenn ein Angebot herkunftssprachlich angeboten wird, dann erhöht sich die Teilnahmebereitschaft.	Bestätigt
H ₉ : Je höher die Zufriedenheit mit der Wohnsituation ist, desto größer ist auch die Offenheit gegenüber Angeboten.	Bestätigt
H ₁₀ : Je mehr die Person arbeitet, desto weniger nimmt sie an Angeboten teil.	Bestätigt

Quelle: Eigene Darstellung

Acht der zehn Hypothesen wurden bestätigt. Einen Nachweis, dass spezifischere Angebote zu einem erhöhten Nutzungsverhalten führen, also eher nachgefragt werden, konnte nicht erbracht werden. Zudem zeigt sich ein gegensätzlicher Zusammenhang, wie ihn die H6 formuliert. Menschen, die subjektiv den Eindruck haben, dass sie mit ihrem Einkommen nicht auskommen, nutzen Angebote häufiger, was auf eine Ausgleichsfunktion von Angeboten hindeutet. Eine bedarfsorientierte Angebotslandschaft vor Ort unterstützt demnach Integrationsprozesse.

6. Interviewauswertung

Ergänzend zur Befragung wurden fünf Gruppeninterviews geführt, eines mit Expert/-innen und vier mit Angehörigen der Zielgruppe, jeweils ein Interview mit polnischen, zwei mit rumänischen und eins mit bulgarischen und nordmazedonischen Zugewanderten. Durch die Gruppeninterviews werden interpretative Befunde zur Arbeit mit der Zielgruppe als auch die Perspektive der Zielgruppe selbst auf die Themen wie Arbeitsmarktintegration, Integrationsbemühungen und Bleibeperspektiven der Zugewanderten herausgearbeitet. Die Auswertung erfolgt zusammenfassend, da die Interviews mit der Zielgruppe herkunftssprachlich geführt und anschließend übersetzt wurden. Daher wird nur exemplarisch auf die Darstellung von Interviewpassagen zurückgegriffen. Die Befunde der Auswertung der Interviews fließen ebenfalls in die Ableitung der Handlungsempfehlungen (Kapitel 7) mit ein.

6.1. Experteninterview

Die interviewten Fachkräfte zeichnen ein differenziertes Bild der Arbeit mit der Zielgruppe der Zugewanderten aus MSOE. Im Fokus des Gesprächs standen dabei nicht individuelle Probleme der Zielgruppe, sondern vielmehr die Thematisierung struktureller Probleme, institutioneller Zugangsbarrieren und asymmetrischer Machtverhältnisse. Den Äußerungen der Fachkräfte zufolge sind die bestehenden Angebote nicht immer ausreichend auf die Lebenswelt der Zielgruppe angepasst, was eine Ergänzung zu den Befunden aus der Befragung ist. Bislang wird ein erheblicher Teil der Zielgruppe durch die vorhandenen Informations- und Unterstützungsstrukturen entweder nicht erreicht oder umgeht bzw. blockiert diese sogar aktiv.

Zudem wird davon berichtet, dass Kinder häufig für ihre Eltern übersetzen müssen. *„Aber die Eltern nutzen schon die Kinder für verschiedene. Zum Beispiel in der Apotheke oder beim Einkaufen sind die Eltern immer mit Kindern dabei. Bei Ärzten dürfen die Kinder nicht übersetzen. Und das haben die Ärzte sehr oft gesagt.“* (Experten GT, 00:01:41). In der Wahrnehmung der Fachkräfte entsteht so ein ambivalentes Bild. Einerseits sind Kinder stolz, ihren Eltern helfen zu können, doch andererseits wird der damit verbundene Rollenkonflikt als belastend empfunden. Denn Kinder begleiten ihre Eltern häufig zu Behörden, Ärzten oder sogar Banken, übersetzen juristische und verwaltungstechnische Begriffe und übernehmen damit eine Verantwortung, die sie eigentlich nicht tragen sollten. Dies wird von den Teilnehmer/-innen problematisiert, da es auch familiäre Spannungen erzeugt.

Ein zentrales Problem stellt der mangelnde Zugang zu grundlegenden Informationen dar. Begrüßungs- und Informationsmaterialien, die neu zugezogenen Haushalten Orientierung zu Anmeldung, Meldepflichten, sozialen Leistungen oder Beratungsstellen bieten sollen, kommen in bestimmten Wohnanlagen und Quartieren gar nicht erst an, was wiederum einen quartiersbezogenen Ansatz der Arbeit notwendig macht, der aber bislang nur vereinzelt, bspw. in Verl-Sürenheide und Harsewinkel, vorzufinden ist. Dies führt zu einer strukturellen Unsichtbarkeit der Zugewanderten.

Zudem beschreiben die Fachkräfte einen Nexus aus Arbeiten und Wohnen, der so in der Umfrage nicht rauskam, aber auch nicht gezielt abgefragt wurde. In der Gruppendiskussion wird von mehreren Fachkräften hervorgehoben, dass in arbeitgebernahen oder werkgebundenen Unterkünften Wohnrecht und Beschäftigungsverhältnis faktisch miteinander verknüpft sind. Der Verlust des Arbeitsplatzes kann unmittelbar den Verlust der Wohnung bedeuten, was eine weitreichende Machtasymmetrie darstellt, denn

Beschäftigte seien in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt, beispielsweise bei der Wahrnehmung von Rechten, der Beschwerde über Arbeitsbedingungen oder der Kontaktaufnahme zu externen Beratungsstellen. Wohnraum wird so zu einer impliziten Disziplinierungsressource, wenn auch keine Erfahrungen geteilt wurden, dass dies explizit genutzt wurde.

Allerdings berichten die Fachkräfte von Einschüchterungs- und Abschottungspraktiken. Einzelne Akteure, die sich als „Verantwortliche“ für Wohnanlagen oder Unterkünfte ausgeben, treten gegenüber Beratungsstellen oder kommunalen Akteuren auf und versuchen, den Kontakt zu Bewohner/-innen zu unterbinden. Besuche werden als „nicht erlaubt“ dargestellt oder zeitlich und räumlich beschränkt. Die Interviewten halten diese Praktiken für rechtlich fragwürdig und integrationspolitisch kontraproduktiv, da sie den Zugang zu Information, Beratung und institutioneller Unterstützung systematisch erschweren.

Die Gegenreaktion besteht in einer Art strategischen Professionalisierung der eigenen Arbeit. Während in der Vergangenheit oft informell und situativ reagiert wurde, hat sich eine Praxis der Dokumentation, Formalisierung und Eskalation etabliert. Vorfälle werden systematisch protokolliert, inklusive Zeitangaben, beteiligter Personen und konkreter Handlungen. Beschwerden werden dann gezielt an Unternehmensleitungen oder zuständige Stellen in der Kommunalverwaltung gerichtet, welche dann auch schnell und transparent reagierten. Denn offenbar waren diese „Verantwortlichen“ nicht von den Unternehmen eingesetzt, sondern hatten sich ihre Rolle selbst zugewiesen. Dementsprechend wird der Ansatz der Transparenzherstellung als wirksam beschrieben. Allerdings muss auch hier die Arbeit vor Ort stattfinden, weswegen Quartiersbüros eine sinnvolle strukturelle Ergänzung der Arbeit wären, die sowohl die soziale Teilhabe fördert als auch die beschriebenen Aushandlungsprozesse übernehmen kann.

Dazu passt auch, dass die Bedeutung informeller Netzwerke betont wird. Das umfasst zwei Aspekte. Wichtig ist zum einen der alltagsbezogene Kontakt zu Menschen aus der Zielgruppe, die wiederum Informationen in ihren Netzwerken weitertragen. So formuliert eine Fachkraft: *„Die meisten kommen über Mund-zu-Mund-Propaganda.“* (Experten GT, #00:35:16). Zum anderen sind die Netzwerke der Fachkräfte wichtig. Denn persönliche Kontakte, direkte Telefonate mit Verantwortlichen in den Betrieben oder Vermietern und individuelle Vermittlungsleistungen erweisen sich oft als effektiver als formale Verfahren. Diese Praxis wird von Fachkräften unterschiedlich bewertet. Zum einen ermöglicht sie schnelle und pragmatische Lösungen in akuten Situationen, zum anderen verstärkt sie die Individualisierung von Rechten. Damit hängen der Zugang und die Unterstützung weniger von Strukturen ab, sondern von individuellen Beziehungen und dem Engagement einzelner Akteure.

Weiterhin nimmt, aus Perspektive der Fachkräfte, die jeweilige Kommunalverwaltung eine ambivalente Rolle ein. Zwar werden kooperative Beziehungen beschrieben, insbesondere in Fällen, in denen feste Ansprechpartner/-innen vorhanden sind, aber die formalen Systeme werden als träge erlebt. In der Folge können sie nur zu langsam auf die hochmobilen und oft prekären Lebenslagen vieler Zugewanderter reagieren. Das grundlegendste Problem ist, dass behördliche Prozesse, wie Melde- und Anmeldeverfahren, stabile Wohn- und Erwerbsverhältnisse voraussetzen, die in der Realität jedoch häufig fehlen oder für die Zielgruppe schwer zugänglich sind. Dies führt zu einer institutionellen Passungsproblematik, da das System auf residentielle Sesshaftigkeit ausgerichtet ist.

Passend zu den Befunden der Befragung wird die Förderung der Sprachkompetenz als zentrale Herausforderung wahrgenommen. Die Fachkräfte betonen, dass mangelnde Deutschkenntnisse nicht nur die weitere Arbeitsmarktintegration, sondern vor allem den Zugang zu Verwaltung, Bildung und Gesundheit erheblich erschweren. Die traditionelle Logik freiwilliger Sprachkurse wird dabei kritisch betrachtet, da viele Zugewanderte aus MSOE im Kreis Gütersloh aufgrund von Mehrfachbelastungen wie mehreren Jobs, familiären Verpflichtungen und Erschöpfung faktisch nicht in der Lage sind, zusätzliche Bildungsangebote wahrzunehmen. Daher wird eine stärkere Integration der Sprachförderung in die Lebenswelt, wie den Arbeitsplatz oder das Quartier, gefordert.

Zusammenfassend zeichnet das Gruppeninterview mit den Fachkräften aus dem Kreis Gütersloh ein Bild von Integration als permanenten institutionellen Aushandlungsprozess. Die zentralen Konfliktlinien verlaufen nicht primär entlang kultureller Unterschiede, sondern entlang von Fragen des Zugangs, der Sichtbarkeit und der Machtverteilung zwischen Arbeitgebern, Wohnraumanbietern, Verwaltung und migrantischen Haushalten. Integration wird hier als Frage der Gestaltung von Strukturen und Schnittstellen verstanden, weniger als Frage individueller Anpassungsbereitschaft. In der Folge braucht es weitere und lebensweltorientierte Zugriffe, wie Betriebssozialarbeit oder quartiersbezogene Ansätze.

6.2. Zielgruppeninterviews

Die Gruppeninterviews mit rumänischen, polnischen sowie bulgarischen und nordmazedonischen Zugewanderten zeichnen ein vielschichtiges Bild von Migration als familienzentriertes, arbeitsbezogenes und langfristig angelegtes biografisches Projekt. Dabei dominieren zwei Motive über alle Gruppen hinweg: der Wunsch nach ökonomischer Stabilität und die Hoffnung auf bessere Zukunftschancen für die Kinder. Migration wird selten als kurzfristige Erwerbsstrategie beschrieben, sondern als Entscheidung mit biografischer Tragweite, die sich auf mehrere Generationen auswirkt.

Ein zentrales Thema ist die Rolle der Sprache. Deutschkenntnisse werden von den Teilnehmenden als entscheidender Schlüssel zur Selbstständigkeit und auch Würde im Alltag gedeutet. So sagt einer der Interviewten aus der rumänischen Gruppe: *„Die Sprache, das ist das Wichtigste.“* (Rumänische Gruppe, GT, 13:31) Die Erfahrung ist, dass wer die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrscht, auf andere angewiesen ist. Das können Kolleginnen und Kollegen oder Bekannte sein, was aber eine permanente Abhängigkeit bedeutet.

Ein weiteres Thema von grundlegender Bedeutung ist die Wohnungssuche, die vor allem in den Interviews mit rumänischen und bulgarischen/nordmazedonischen Zugewanderten besprochen wurde. Sie wird als intransparent, selektiv und teilweise diskriminierend erfahren. Im eigenen Erleben wird Herkunft als Auswahlkriterium und Ablehnungsgrund genutzt, was eine klare Diskriminierung darstellt. *„Wenn man sagt, dass man Bulgare ist, sagen sie einem: Nein, es ist unmöglich, diese Wohnung zu bekommen.“* (Bulgarische Gruppe, GT, 15:44) Um überhaupt eine Chance auf eine Wohnung zu erhalten, wird auf informelle Netzwerke, wie Freundinnen und Freunde, Verwandte, Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen oder Vermieter/-innen mit eigener Migrationserfahrung, zurückgegriffen. Dabei wird die Qualität des Wohnraums kaum thematisiert, sondern nur besprochen, dass überhaupt Wohnraum zugänglich ist.

Blickt man nun auf gruppenbezogene Besonderheiten in den Interviews, rahmen polenstämmige Zugewanderte ihre Erfahrungen stark historisch und kulturell und beziehen sich auf eine kollektive Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg einerseits und die lange Migrationsgeschichte zwischen Polen und Deutschland andererseits. Im Erleben der Interviewten wird die polnische Sprache als stigmatisiert wahrgenommen und es wird auf Assimilationsstrategien früherer Generationen verwiesen, wie die „Germanisierung“ von Namen oder das bewusste Verheimlichen der eigenen Herkunft. Gleichzeitig wird Bildung als zentrales Feld der Integration gesehen. Viele berichten, dass sie ursprünglich eine Rückkehr nach Polen geplant hatten, diesen Plan aber zugunsten der Schul- und Entwicklungschancen ihrer Kinder aufgegeben haben.

Die bulgarienstämmige Gruppe zeigt sehr unterschiedliche Perspektiven auf ihre Erfahrungen im Kreis Gütersloh und der Stadt Gütersloh. Mehrere Interviewte beschreiben das Leben vor Ort als ruhig, sicher und arbeitsreich, beklagen aber gleichzeitig erhebliche Engpässe auf dem Wohnungsmarkt und bei der Gesundheitsversorgung. Termine bei Ärztinnen und Ärzten sind in ihrer Erfahrung kaum zu bekommen und auch die öffentliche Verwaltung ist für sie nur schwer zugänglich. Einige Teilnehmende äußern aber Unsicherheitsgefühle im öffentlichen Raum, beispielsweise aufgrund von Berichten über Diebstähle und Überfälle. Diese Ängste beziehen sich weniger auf konkrete Vorfälle als auf allgemeine Atmosphären und Vergleiche mit der Vergangenheit.

Die rumänische Gruppe betont die Bedeutung von Arbeit als Grund, überhaupt in den Kreis Gütersloh migriert zu sein. Zumeist wurde sie von Vermittlungsfirmen angeworben und wird in Betriebswohnungen untergebracht. Während diese Phase als problemlos beschrieben wird, ist der Wechsel aus diesen Strukturen in den privaten Wohnungsmarkt die eigentliche Hürde für ein selbstbestimmtes Leben. Auch die rumänische Gruppe berichtet von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und teils hohen bürokratischen Hürden. Im Einklang mit den Umfrageergebnissen erzählen die Interviewten, dass eine langfristige Bleibeorientierung sich vor allem dann entwickelt, wenn Kinder im Bildungssystem angekommen sind und familiäre Netzwerke entstehen.

Die nordmazedonische Gruppe betont ihre Erfahrung von situativer Zugehörigkeit einerseits und Ablehnung andererseits noch stärker als die anderen. Einzelne Interviewte berichten von Alltagsdiskriminierung im öffentlichen Raum, aber auch im Einzelhandel. Dabei wird die eigene Position als fragil wahrgenommen, da die eigenen Deutschkenntnisse nur gering sind. Gleichzeitig wird das Leben in Gütersloh pragmatisch betrachtet, denn es ist ein Ort mit Arbeitsmöglichkeiten und situativer Gemeinschaft, auch wenn die kulturelle Passung nicht immer als gegeben empfunden wird.

Transnationale Praktiken sind über alle Gruppen hinweg vorhanden. Das betrifft aber eher regelmäßige Besuche im Herkunftsland, enge Beziehungen zu dort lebenden Familienmitgliedern und der ständige Vergleich zwischen „hier“ und „dort“, als das Versenden von Geld. Es gibt also eher soziale Netzwerke als Remittance. Doch auch zirkuläre Migration ist verbreitet. *„Wir sind seit einigen Jahren auf Vertragsbasis hier, wir kommen für Saisonverträge.“* (Rumänische Gruppe, GT, 02:17) Wenn Menschen länger ansässig sind, wächst mit der Zeit aber auch eine Alltagsverankerung im Kreis Gütersloh, vor allem wenn die Kinder hier zur Schule gehen, Freundschaften entstehen und stabile Arbeitsverhältnisse bestehen. Zugehörigkeit wird, im Einklang mit einer post-migrantischen Perspektive, weniger als Entweder-oder, sondern als Sowohl-als-auch verstanden.

Über die Interviews hinweg wird Arbeit als grundlegender Integrationsfaktor diskutiert. Arbeit strukturiert den Alltag, schafft soziale Kontakte und vermittelt ein Gefühl von Normalität und sozialer Anerkennung. Gleichzeitig schränken lange Arbeitszeiten und Mehrfachbeschäftigungen die Möglichkeiten ein, Sprachkurse oder andere Unterstützungsangebote wahrzunehmen. Dementsprechend wird Integration von den Interviewten als etwas gesehen, das „nebenbei“ im Arbeits- und Familienalltag stattfinden muss, nicht als separates Projekt.

Alles in allem vermitteln die Interviews mit der Zielgruppe eine pragmatische und alltagsbezogene Perspektive auf Migration und Integration. Um Integration und Zugehörigkeit zu fördern, braucht es dementsprechend den Zugang zu grundlegenden Gütern, wie einer Wohnung, einem gesicherten Arbeitsplatz und einer positiven Zukunftsaussicht für die eigenen Kinder. Zugleich werden Deutschkenntnisse als Voraussetzung zum Erreichen dieser Ziele beschrieben. Im Alltag besteht dabei ein Spannungsfeld zwischen der Hoffnung auf biografische Stabilität einerseits und der Erfahrung von Unsicherheit und Zurücksetzung, andererseits insbesondere dort, wo strukturelle Zugangsbarrieren erfahren werden.

6.3. Zusammenfassende Diskussion der Interviewbefunde

Sowohl die Fachkräfte- als auch die Zielgruppeninterviews zeigen, dass Integration im Kreis Gütersloh weniger ein individueller Anpassungsprozess, sondern vielmehr eine strukturell geprägte Aushandlung von Zugängen, Ressourcen und Machtverhältnissen ist. Die Fachkräfte heben institutionelle Barrieren, unzureichende Passungen formaler Angebote und Abhängigkeiten hervor, während die Zugewanderten eine alltagsbezogene, pragmatische Sichtweise äußern, in der Arbeit, Wohnen, Sprache und die Zukunft der Kinder als zentrale Integrationsanker dienen.

Beide Perspektiven verdichten sich zu einer Diagnose einer institutionellen Passungsproblematik. Verwaltungslogiken gehen von stabilen Wohn- und Erwerbsverhältnissen aus, während die Lebensrealität vieler Zugewanderter von Mobilität, befristeter Beschäftigung und prekären Wohnformen geprägt ist. Diese Diskrepanz führt zu struktureller Unsichtbarkeit: Informationen, Beratungsangebote und formale Zugänge erreichen Teile der Zielgruppe nicht oder werden aufgrund mangelnder Anschlussfähigkeit umgangen. Integration erscheint somit weniger als Frage der Motivation, sondern vielmehr als Frage der Erreichbarkeit und Übersetzbarkeit institutioneller Angebote in die Lebenswelt der Betroffenen, was betriebs- sowie quartiersbezogene Angebote notwendig macht.

Der von Fachkräften beschriebene Zusammenhang zwischen Arbeit und Wohnen verdeutlicht dieses Bild. Werkgebundene Unterkünfte und arbeitgebernahe Wohnformen verknüpfen Erwerb und Wohnsicherheit so eng miteinander, dass sie Abhängigkeitsverhältnisse schaffen, die die Wahrnehmung von Rechten und den Zugang zu externer Unterstützung möglicherweise einschränken. Die Zielgruppeninterviews spiegeln diese Struktur indirekt wider, indem sie den Übergang aus Betriebsunterkünften in den privaten Wohnungsmarkt als kritische Schwelle und die Wohnungssuche als selektiv und diskriminierend diskutieren. Informelle Netzwerke spielen sowohl für die Fachkräfte als auch für die Zielgruppe eine zentrale Rolle, vor allem bei der Wohnungssuche und der Informationsbeschaffung, aber auch bei der Durchsetzung von Zugängen und Lösungen jenseits formaler Verfahren.

Ein weiterer wichtiger Befund ist die zentrale Rolle der deutschen Sprache. Für die Zielgruppen ist sie essenziell für die Teilhabe, für die Fachkräfte eine Bedingung

institutioneller Erreichbarkeit. Gleichzeitig verdeutlichen beide Perspektiven die Grenzen klassischer Kursformate, da durch lange Arbeitszeiten im Schichtbetrieb kaum Raum für solche Angebote bleibt. Sprachförderung wird damit zu einer Frage der Integration in Arbeits- und Quartierskontexte und muss dementsprechend lebensweltlich eingebunden sein.

Die Befunde zur Rolle von Kindern im Haushalt aus der Befragung bestätigen sich auch in den Interviews. Kinder wirken als Zukunftsanker, der Bleibeorientierungen stabilisiert, während zirkuläre Mobilität und familiäre Bindungen in den Herkunftsländern Zugehörigkeit als „Sowohl-als-auch“ begreifen lassen. Demnach sollten, die transnationalen Verknüpfungen der Zielgruppe mitberücksichtigt, familienorientierte Angebote und Orte konzipiert werden, wodurch die Integrationsmotivation genutzt wird.

7. Praktische Implikationen für eine nachhaltige Integration von Zugewanderten aus Mittel- und Südosteuropa in den Kreis Gütersloh

Die Auswertung der Befragung sowie der Interviews haben zentrale Ergebnisse hervorgebracht, die bislang so noch nicht im Forschungsstand zur Zuwanderung aus Mittel- und Südosteuropa vorlagen und zudem handlungsrelevant sowohl für die Kommunen, die Wohlfahrtspflege als auch für das Land NRW sind. Damit wird ein signifikanter Fortschritt der evidenzbasierten Integrationspolitik in Bezug auf Zuwanderung aus MSOE möglich. Im Weiteren werden zuerst Folgerungen für die lokale Ebene abgeleitet, was das Kommunale Integrationszentrum Kreis Gütersloh, die kreisangehörigen Kommunen sowie die lokalen Akteure der Wohlfahrtspflege miteinschließt. Anschließend werden Folgerungen für das Land und im speziellen für das Landesintegrationsministerium NRW (MKJFGFI NRW) vorgestellt.

7.1. Folgerung für den Kreis Gütersloh, die kreisangehörigen Kommunen und die Wohlfahrtspflege vor Ort

Erstens wird eine **Allianz für Sprache im Kreis Gütersloh** empfohlen. Denn ein eindeutiger und wiederkehrender Befund der Studie ist, dass sich Zugewanderte aus MSOE Möglichkeiten des Spracherwerbs wünschen. Zwar gibt es im Kreis bereits heute Sprachkurse, doch offensichtlich sind diese nicht im ausreichenden Maße zielgruppenorientiert. Die Studie hat konkrete Hinweise auf die Ausgestaltung eines bedarfsadäquaten Sprachkursangebots geliefert, was eine Weiterentwicklung der bisherigen Strukturen notwendig macht. Sprachkurse sollten niedrigschwellig und persönlich auch im Wohnumfeld stattfinden und dabei das komplexe Zeitregime der Zielgruppe berücksichtigen. Das schließt Angebote zu Randzeiten ebenso mit ein, wie solche am Wochenende. Hier ist die relative räumliche Konzentration der Zielgruppe auf die Kommunen Gütersloh, Rheda-Wiedenbrück und Verl vorteilhaft. Hierfür kann es notwendig sein, neue Lehrkräfte fortzubilden, wofür ein *Train-the-Trainer-Programm* aufgelegt werden sollte, um gezielt Menschen aus den Communities zumindest bis zum Sprachniveau B1 für die Sprachförderung zu qualifizieren. Ebenso bieten sich *Kooperationen mit der Universität Bielefeld und der Hochschule Bielefeld* an, um angehende Lehrkräfte sowie Fachkräfte der Sozialen Arbeit bereits während der

Ausbildung in die Förderung des Spracherwerbs einzubinden, was mit Ferien- oder Honorarjobs verbunden werden sollte. Dabei sind weitere wichtige Verbundakteure die Volkshochschulen sowie Sprachkursträger im Kreis Gütersloh, welche bereits lange Jahre Erfahrung in der Organisation von Sprachkursen haben.

Zweitens sind **Dritte Orte für die Zielgruppe** mögliche Anlaufstellen. Die teils schwierigen Wohnbedingungen einerseits und die relativ gute Ansprache von Familien andererseits legen nahe, dass wenn es gelingt gut erreichbare qualitativ hochwertige Orte zu schaffen, an denen auch Sprachkurse stattfinden können, dann werden diese auch angenommen. Dafür bedarf es aber neuer Konzepte, wie dem Aufbau von *Community Zentren* rund um Schulen, über die vor allem Familien mit Kindern ansprechbar sind. Solche quartiersbezogenen Mittelpunktsorte binden möglichst viele Organisationen im Stadtteil mit ein und verbinden sie miteinander. Ein solch integrierter Ansatz hat mehrere Vorteile zugleich, da Kompetenzen und Räumlichkeiten einerseits genutzt werden und andererseits vor allem Familien so relativ leicht erreicht werden können. Hierzu gehören dann auch die *Familienzentren*, da sie Erfahrungen in der Arbeit mit Familien und Kindern vor allem im frühkindlichen Bereich haben.

Daran schließt drittens die Notwendigkeit einer **sozialraumorientierten Konzeption** der Arbeit mit und für die Zielgruppe an. Konkret bedeutet dies die Einrichtung von *Quartiersbüros*, ggf. als Teil eines *Community Zentrums*, um eine konkrete Anlaufstelle in den Quartieren vorzuhalten, in denen zahlreiche Zugewanderte aus MSOE leben. Solche sozialraumorientierten Angebote sollten dabei zielgruppenorientiert ausgerichtet werden, was die Öffnung an Randzeiten genauso beinhaltet, wie auch Aufenthaltsmöglichkeiten für Familien. Das schließt auch die präferierte *digitale Auffindbarkeit* von Angeboten ein, welche für die Ansprache der Zielgruppe von hoher Bedeutung ist.

Viertens empfiehlt es sich ein kreisweites **Bündnis für nachhaltige Teilhabe** zu organisieren, in dem die freie Wohlfahrtspflege, Kommunen, die Akteure der Arbeitsverwaltung sowie der Wirtschaft – darunter die Betriebe der Fleischindustrie wie der Wohnungswirtschaft – eingebunden sein sollten. Solche neuen Allianzen haben das Potenzial, das Silo-Denken zu überwinden und integrierte Lösungen zu erarbeiten. Inhaltlich sollten Themen wie u.a. eine langfristige Arbeitsmarktintegration besonders im Mittelpunkt stehen. Hinsichtlich der Potenziale für den Kreis Gütersloh können die strukturellen Merkmale, wie die hohe Fluktuation unter den Beschäftigten vor allem in der Fleischindustrie, genutzt werden, um Fachkräfte langfristig im Kreis zu halten. Im Falle der Entscheidung einen Betrieb zu verlassen, könnten dann Perspektivgespräche für andere Jobs im Kreis Gütersloh organisiert werden, was die Gewinnung von Fachkräften im Kreis Gütersloh fördern kann. Auch die Wohnraumversorgung kann hier gezielter thematisiert werden.

Fünftens weisen die Befunde darauf hin, dass **Peer-Ansätze** vielversprechend sind. Denn die Freizeit wird mit Familie und Freunden verbracht, die wahrscheinlich die gleiche Sprache sprechen. Gelingt es Informationen über Angebote in diesen informellen Netzwerken zu platzieren, ist davon auszugehen, dass sie auch eher angenommen werden. Daher braucht es Kontakte in die Communities hinein, weswegen die Förderung der Selbstorganisation empfehlenswert ist. Ebenso sollte Informationsmaterial digital so aufbereitet werden, dass es auch in privaten Messenger-Diensten einfach zu teilen ist, da dies mittlerweile eine alltägliche Kommunikationsform ist, die den Vorteil hat, auch textgebundene bzw. visualisierte Informationen verbreiten zu können.

7.2. Folgerungen für die Integrationsförderung durch das Land NRW

Die Studienergebnisse aus dem Kreis Gütersloh weisen auch auf Folgerungen für das Land NRW hin. Der Forschungsstand weist empirisch fundiert auf die Komplexität der Struktur der Zuwanderung aus MSOE nach NRW hin, die, außerhalb rechtlicher Rahmenbedingungen, kaum Standardverfahren zulässt. Es gibt zwar wiederkehrende Themen, wie die Arbeitsmarktintegration oder Bildungsförderung von Kindern, aber der Unterschied zwischen der strukturell angelegten Situation im Kreis Gütersloh und bspw. den kreisfreien Städten im Ruhrgebiet zeigt, dass vor Ort flexible Lösungen gefunden werden müssen. Daher ist es sinnvoll, die **Förderung der Kommunen mit erhöhter Zuwanderung aus MSOE weiter zu verfolgen**, wobei die arbeitsmarktbezogene Migration ebenso berücksichtigt werden sollte. Gerade der Fall Gütersloh zeigt, dass die arbeitsmarktbezogene Migration ebenfalls mit erheblichen Anforderungen an die Integrationsarbeit einhergeht, was entsprechend zu berücksichtigen ist.

Zugleich ist es sinnvoll den Förderzeitraum weiter auszudehnen, um Planungssicherheit zu ermöglichen. Konkret empfiehlt es sich, dass eine Förderzusage 24 Monate vor Auslaufen einer bisherigen Förderung ermöglicht werden sollte. Die Mittel sollten weiterhin zielgruppenbezogen verwendet werden, ohne weitere Vorgaben, da die Kommunen vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen stehen und die Mittel so einsetzen können, wie es vor Ort benötigt wird. Um aber Lerneffekte zu ermöglichen, ist eine *externe prozessbegleitende Evaluation* der finanzierten Maßnahmen notwendig, welche regelmäßig sowohl an das MKJFGFI NRW als auch an den Verbund der Kommunalen Integrationszentren berichtet.

Zudem legen die Ergebnisse aus dem Kreis Gütersloh, aber auch Berichte bspw. zu Problemimmobilien und vereinzelt Missbrauch von Sozialleistungen andernorts im Kontext der Zuwanderung aus MSOE nahe, dass eine ressortübergreifende Steuerung weitergetrieben werden sollte. Im Jahr 2015 wurde die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) Südosteuropa in die IMAG Integration überführt, was ein politisch sinnvoller Schritt ist, aber Rechtskreise miteinander verbindet, die hinsichtlich der kommunalen Praxis und auch der Finanzierungsmöglichkeiten kaum kompatibel sind. Daher wäre es zu prüfen, ob innerhalb der IMAG Integration eine **Arbeitsgruppe zur Zuwanderung aus Südosteuropa** unter Beteiligung der Kommunen, Verbände und Wissenschaft etabliert wird, welche integrierte Lösungen erarbeitet. Der Vorteil wäre, dass gezielt an den Herausforderungen gearbeitet werden kann, die im Kontext der Zuwanderung aus MSOE entstehen, ohne der IMAG Integration in ihrem Kernauftrag zu widersprechen.

Die Studienergebnisse und die Erfahrungen aus dem Forschungsprozess selbst zeigen, dass es sinnvoll ist, dass auch die kreisangehörigen Kommunen einen **differenzierten Blick auf die Zuwanderungsstrukturen vor Ort** erarbeiten. Hierbei kann das Land im Zusammenwirken von MKJFGFI NRW und MAGS NRW (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen) sowie IT.NRW (Information und Technik Nordrhein-Westfalen) Kommunen unterstützen ihre *Sozialberichtserstattung* gezielt thematisch zu erweitern, was vor allem für kreisangehörige Kommunen nach wie vor eine Herausforderung ist. Denn nicht flächendeckend ist bspw. eine kleinräumige Statistik oder eine abgeschottete Statistikstelle vorhanden. Hier braucht es neue Lösungen, wie eine solche *Infrastruktur* in der Fläche realisiert werden kann, sodass die Möglichkeit besteht, dass alle Kommunen Quartiere identifizieren und monitoren können, welche z. B. eine verstärkte Zuwanderung verzeichnen.

Das können eigene digitale Lösungen sein, Qualifizierungsprogramme für kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Förderung thematischer Sozialberichte.

Die Untersuchung im Kreis Gütersloh hat gezeigt, wie wichtig der Faktor Arbeit bei der Förderung von Integration und Teilhabe ist. Daher ist es sinnvoll Ansätze zu unterstützen, welche die **Schnittstelle zwischen Betrieben und Integrationsförderung** adressieren. Bislang sind eher Formate der Rechtsberatung verbreitet, koordinierte Vorgehen z. B. zur Sprachförderung oder Weiterqualifikation gibt es jedoch nicht systematisch. Hier ist, im Zusammenwirken mit dem MAGS NRW, zu prüfen, inwiefern von bereits vorhandenen Erfahrungen, z. B. bei der Qualifikation medizinischen Personals mit Zuwanderungserfahrung, auch andernorts profitiert werden kann. Sinnvoll ist es hierbei auch die Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Kammern, mit einzubeziehen, um praxistaugliche Lösungen zu erarbeiten.

Ein zentrales Studienergebnis ist, dass der **Zugang zu Wohnen** eng mit gesellschaftlicher Teilhabe verbunden ist, Zugewanderte aus MSOE aber teils erhebliche Probleme auf dem Wohnungsmarkt erleben. Das führt zur Inkaufnahme von Abhängigkeitsverhältnissen, hohen Wohnkosten oder nicht adäquatem Wohnraum, ein Phänomen, was auch in den kreisfreien Städten der Rhein-Ruhr-Schiene bekannt ist. Bislang wurde vor allem versucht, den Mängeln durch eine Stärkung der Wohnaufsicht beizukommen. Allerdings schafft dies nicht mehr Wohnraum für Zugewanderte aus MSOE, die Wohnkrise betrifft aber mittlerweile alle Menschen in NRW. Empfehlenswert ist hier ein Dreischritt. Erstens braucht es einen gezielten *Dialog mit der privaten Wohnungswirtschaft*, um mehr Wohnraum auch für Zugewanderte aus MSOE bereitzustellen. Zweitens ist eine *Förderung von Werkswohnungen* bei gleichzeitiger Lockerung der engen Verknüpfung von Arbeitsvertrag und Wohnrecht sinnvoll, z.B. mit einem Wohnrecht von drei Monaten nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Dazu wäre eine strukturelle Unterstützung von Kommunen und auch von Landkreisen notwendig, *kommunale Wohnungsunternehmen* aufzubauen bzw. auszuweiten, um grundsätzlich mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Ebenfalls zeigt die Studie, dass der **Erwerb der deutschen Sprache ein grundlegender Integrationsfaktor** ist, Zugewanderte aus Mittel- und Südosteuropa aber häufig keinen geeigneten Zugang zu Sprachkursen haben. Hier sind zwei miteinander kompatible Maßnahmen erstrebenswert. Erstens ist eine gezielte Förderung von Volkshochschulen oder Sprachkursträgern in Schwerpunktkommunen für die flexible Organisation von Sprachkursen naheliegend, da sie bereits Erfahrungen in der Sprachvermittlung haben. Zweitens sind Programme zur Qualifikation zur Sprachvermittlung von Zugewanderten aus Mittel- und Südosteuropa in den Schwerpunktkommunen hilfreich. Ein solches Train-the-Trainer könnte in den Kommunen und Quartieren Einzelpersonen ausbilden, welche Sprachkenntnisse zumindest bis zum Sprachniveau B1 vermitteln können und anschließend Kontakte zu geeigneten weiterführenden Sprachkursen organisieren.

8. Fazit

Ziel der Studie war es, die Rahmenbedingungen der Förderung von Integration und Teilhabe für Zugewanderte aus MSOE im Kreis Gütersloh differenziert zu untersuchen, um Folgerungen für die Weiterentwicklung der lokalen Angebotslandschaft zu entwickeln. Dafür wurde eine breit angelegte Zielgruppenbefragung, fußend auf einem partizipativen Prozess der Fragebogenentwicklung, durchgeführt. Ergänzend dazu

wurden Fokusgruppeninterviews geführt. Die Ergebnisse erlauben eine differenzierte Analyse der Zielgruppe und die Ableitung steuerungsrelevanter Folgerungen für den Kreis Gütersloh, die kreisangehörigen Kommunen sowie für das Land NRW.

Die Studie wurde gerahmt von drei forschungsleitenden Fragen, die nun auch beantwortet werden können. Die Erste fragte nach den alltäglichen Rahmenbedingungen, in denen Zugewanderte aus MSOE im Kreis Gütersloh leben. Die Studienergebnisse weisen darauf hin, dass vor allem die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, häufig in die Fleischindustrie, der Treiber der Zuwanderung ist. Daraus ergeben sich weitere Herausforderungen für die Integrationsprozesse, wie Schichtarbeit und Zeitmangel. Zugleich erleben Zugewanderte Probleme beim Zugang zu Wohnraum, was Teilhabe erschwert. Viele Angebote im Kreis Gütersloh sind dabei nicht bekannt, sodass sie von der Zielgruppe auch nur selten in Anspruch genommen werden.

Weiterhin wurden Bleibemotive der Zugewanderten aus MSOE gezielt untersucht. Das wichtigste Motiv ist die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die eigene Familie. Vor allem, wenn die eigenen Kinder vor Ort im Schulsystem integriert sind, wird eine langfristige Bleibeabsicht formuliert und Migration zu einem generationenübergreifenden biografischen Projekt.

Ebenfalls wurde nach Angeboten gefragt, welche sich Zugewanderte aus MSOE wünschen, die im Kreis Gütersloh leben. Eindeutig sind dies Deutschkurse, gefolgt von Maßnahmen zur weitergehenden Arbeitsmarktintegration. Zugleich schränken mögliche Kosten, unflexible Formate, wenig Wissen über die Angebote selbst und familiäre Verpflichtungen die Annahme von Angeboten ein.

Die Studie schreibt den Forschungsstand zur Zuwanderung aus Südosteuropa dahingehend fort, dass zum ersten Mal, fußend auf einer solch breiten Datenbasis, die Situation von Zugewanderten aus Südosteuropa und ihrer Motive in einem Landkreis untersucht wurde. Die Studienergebnisse erweitern damit den Blick auf Zuwanderung als urbanes Phänomen und weisen auf die besonderen Herausforderungen auch in kreisangehörigen Kommunen hin. Zugleich unterstreichen die Studienergebnisse die Bedeutung generationenübergreifender Zukunftsaussichten für gelingende Integration, die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Sprachförderung sowie die grundlegenden Herausforderungen, die mittlerweile mit der Wohnkrise einhergehen. Die schwierigen Zugänge zu Wohnraum für die Zielgruppe erschweren Teilhabe und schränken damit Integrationschancen ein. Die Bewältigung der Wohnkrise ist damit nicht alleine ein sozialpolitisches Feld, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, um zukunftsfest zu werden.

Ebenfalls lassen sich aus den Studienergebnissen Empfehlungen für die kommunale Integrationsförderung sowie für die Landespolitik ableiten. Zur Förderung des Spracherwerbs wird eine Allianz aus Sprachkursträgern, Hochschulen und kommunalen Akteuren sowie ein Train-the-Trainer-Programm zur Qualifizierung von Community-basierten Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern vorgeschlagen. Um Familien und Kinder leichter zu erreichen, ist es sinnvoll, quartiersbezogene „Dritte Orte“ und Community-Zentren, insbesondere in der Nähe von Schulen und Familienzentren, zu etablieren. Zusätzlich sollen sozialraumorientierte Quartiersbüros und eine verbesserte digitale Auffindbarkeit von Angeboten den Zugang erleichtern. Auf Kreisebene wird ein „Forum des Bündnisses für nachhaltige Teilhabe der Menschen aus Mittel- und Südosteuropa im Kreis Gütersloh“ vorgeschlagen, das Arbeitsmarktintegration, Wohnraumversorgung und soziale Beratung ressort- und akteursübergreifend verknüpft. Für das Land NRW wird empfohlen, die Notwendigkeit langfristiger Förderzeiträume zu

prüfen, externe Evaluation zu etablieren, eine ressortübergreifende Koordination voranzutreiben sowie einen Ausbau der kommunalen Daten- und Sozialberichterstattung, um flexible, lokal angepasste Lösungen systematisch zu unterstützen.

Die Studie weist aber auch auf weitergehenden Forschungsbedarf im Themenfeld der Zuwanderung aus Südosteuropa hin. Die nun aufgeschlossene Datenbasis für den Kreis Gütersloh bietet sich für eine Vergleichsstudie sowohl in einem anderen Landkreis als auch zu einer kreisangehörigen Kommune an, um die Befunde zusätzlich zu validieren, aber auch kontextspezifische Einflüsse besser zu verstehen. Ebenfalls wäre es wichtig, nachzuvollziehen, wie in NRW in den kommunalen Verwaltungsvorständen in den Kommunen mit einer erhöhten Zuwanderung aus Südosteuropa Integrationspolitik konzipiert und ggf. dezernatsübergreifend umgesetzt wird, um Synergien besser erkennen und nutzen zu können.

Literatur

- Döring, H. & Kurtenbach, S. (2020). Dialog in der Dauerkrise. Einblicke in die Alltagsbewältigung armutsgeprägter Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien in die Dortmunder Nordstadt. In: C. Bochmann & H. Döring (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 187-217.
- Geis-Thöne, W. (2020). Über eine Million erwerbsorientierter Zuwanderer in 10 Jahren. Eine Auswertung der Wanderungsmotive nach Deutschland zugezogener Personen, IW-Report 29/2020, Köln: Institut der Deutschen Wirtschaft.
- Heinze, R.G. & Kurtenbach, S. (2026). Die Wohnkrise. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Hüttermann, J. (2000). Der avancierende Fremde. Zeitschrift für Soziologie, 29(4), 275–293.
- Kurtenbach, S. (2015). Ankunftsgebiete – Segregation als Potenzial nutzen. In Auf die Adresse kommt es an. Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen, In: A. El-Mafaalani, Aladin, S. Kurtenbach & K.P. Strohmeier (Hrsg.), Weinheim und Basel: Beltz Juventa Verlag, S. 304-326.
- Neßler, M., Hartig, L., Hanhörster, H. & Tippel, C. (2024). Infrastrukturen des Ankommens: Teilhabe gemeinsam gestalten, ILS-Trends, 2, Dortmund: ILS.
- Mayring, P. (2022). Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Schramm, C., & Pries, L. (2024). Komplexe Migration – Differenzierte Integration. In Komplexe Migration – Differenzierte Integration. Nomos.
<https://doi.org/10.5771/9783748945697-1>

